

GRÜNE DER New Deal

Klimaschutz, neue Arbeit und sozialer Ausgleich

Enthält:

Der Grüne New Deal in NRW



Sven Giegold und Reinhard Bütikofer

Die Krisen bewältigen – für einen Grünen New Deal

Die Menschheit steht vor historischen Herausforderungen. Während die Wirtschafts- und Finanzkrise die Grundlagen unseres Wirtschaftssystems massiv in Frage gestellt hat und die Existenzen von Millionen Menschen bedroht – hierzulande wie im Rest der Welt – können wir uns weder beim Kampf gegen die Klimakrise noch bei der globalen Gerechtigkeitskrise weiteren Aufschub leisten.

Ob wir es schaffen, die vor uns liegenden Krisen zu meistern und nachhaltige und solidarische Lösungen für sie zu finden, ist keineswegs sicher. Die vor uns liegenden Aufgaben sind eine dramatische Herausforderung, zugleich verstehen aber immer mehr Menschen überall auf der Welt, dass diese Krisen gemeinsam und entschlossen gelöst werden müssen. So öffnet sich eine historische Chance, das Fundament unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems zu erneuern. Die Krisen stellen unsere Art zu wirtschaften, zu konsumieren und zu transportieren grundlegend in Frage. Aber viele Menschen suchen auch heute schon nach neuen Formen des Guten Lebens und Wirtschaftens. Sie wollen nicht einfach weitermachen wie bisher.

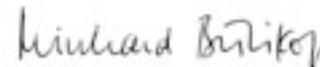
Mit dem Grünen New Deal liegt ein konkretes Konzept auf dem Tisch, was heute getan werden kann und getan werden muss. Hinter dem Grünen New Deal steht die Einsicht, dass

wir die verschiedenen Krisen nur zusammen lösen können: weil es gemeinsame Ursachen für alle drei Krisen gibt – wie die Fixierung auf kurzfristige Renditen in unserem Wirtschaftssystem; weil eine politische Antwort auf die Krisen die verschiedenen Interessen aufnehmen muss – vom Recht der Entwicklungsländer auf eine bessere Zukunft bis hin zur Sorge der Menschen hierzulande um ihre Arbeitsplätze; und weil uns ein ernst gemeinter ökologischer Aufbruch hilft, schneller,

besser und zukunftsorientierter aus der aktuellen Wirtschaftskrise heraus zu kommen, mit guten, zukunftsfähigen Jobs und einer nachhaltigen Perspektive. Wer die Krisen gegeneinander ausspielt, wer meint, Antworten auf die Klimakrise oder die Gerechtigkeitskrise wegen der Wirtschaftskrise aufschieben zu können, der wird scheitern. Nein, wir brauchen heute eine entschlossene Anstrengung für ein besseres Morgen – für Alle! Der Grüne New Deal zeigt: Das geht!



Sven Giegold



Reinhard Bütikofer

Inhalt

_6 Drei Krisen

Die Wirtschafts- und Finanzkrise
Die Klima- und Ressourcenkrise
Die Gerechtigkeitskrise

_8 Der Grüne New Deal

_10 Die Finanzmärkte an die grüne Leine legen

Das Casino schließen
Finanzmärkte auf nachhaltige Investitionen ausrichten
Grüne Zügel für den Kapitalismus
Eine faire Weltwirtschaft

_20 Ein neues Fundament für unsere Wirtschaft

Investitionsoffensive
Startschuss für die dritte industrielle Revolution
Soziale Dienste stärken
Regionale Wirtschaft und solidarische Ökonomie stärken

_30 Ein neuer sozialer Ausgleich

Ausgleich zwischen Nord und Süd
Gerechte Verteilung von Chancen und Einkommen in Deutschland
Den Grünen New Deal gerecht finanzieren

_36 Wirtschaftliche Zukunft für das industrielle Herz Deutschlands

Grüne Industriepolitik für NRW: Die Grüne industrielle Revolution umsetzen
Grüne Energiepolitik für NRW: Effizient und erneuerbar in die Zukunft
Gute Bildung für Alle
Gesundheit & Pflege: Soziale Arbeitsplätze

_44 Über den Grünen New Deal hinaus

Der Grüne New Deal
in NRW

Drei Krisen

Die oft atemlose Jagd vom jeweils aktuellen, schlagzeilenträchtigsten Problem zum nächsten verdeckt, dass unsere Welt heute zeitgleich drei Krisen erlebt, die in ihrem Zusammenhang wahrgenommen und zusammen gelöst werden müssen. Diese Krisen – Finanzkrise, Klimakrise, globale Armut und Ungleichheit – lassen sich nicht aufschieben oder nacheinander lösen. Denn diese Krisen stehen in starken Wechselbeziehungen zueinander. Ohne Verständnis der gemeinsamen Ursachen der Krisen wird es nicht gelingen, auch nur eine zu lösen.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise

Die schwerste Finanzkrise seit den 1930er Jahren des letzten Jahrhunderts hat die Weltwirtschaft an den Rand des Abgrundes gebracht. Fast alle Industriestaaten wurden in eine tiefe Rezession gerissen mit sinkender Wirtschaftsleistung, steigender Arbeitslosigkeit und einer dramatischen Zunahme öffentlicher Verschuldung. Aber auch die Schwellen- und Entwicklungsländer wurden schwer getroffen. Mit gigantischen Rettungspaketen für Banken und Finanzmärkte, mit riesigen Konjunkturpaketen konnte zwar ein völliger Kollaps abgewendet werden, doch ist völlig unklar, was die Basis für eine wirtschaftliche Erholung sein soll.

Die Krise ist das Ergebnis einer jahrzehntelangen wirtschaftsliberalen Deregulierungspolitik, die Konsequenz eines weltweit unregulierten kapitalistischen Wirtschaftsmodells, in dem der

Globalisierung und Entfesselung der Wirtschaft und der Finanzströme keine Globalisierung der sozialen und ökologischen Rahmensetzung der Märkte folgte.

Vordergründig hat die aktuelle Krise ihren Ausgang im Platzen der US-Immobilienblase, ihre globale Weiterverbreitung ist der Verflechtung des Finanzsystems zu verdanken. Der Vertrauensverlust der Banken untereinander hat zu einem Austrocknen der globalen Geldmärkte geführt. Die Krise wurde verursacht durch die hohen Risiken, die Banken, Fonds und Versicherungen auf der Jagd nach zweistelligen Renditen auf sich nahmen und durch Fehler und Lücken in der Aufsicht. In die Analyse der Krise einbezogen werden muss auch die Entstehung globaler makroökonomischer Ungleichgewichte zwischen Ländern mit wachsenden Exportüberschüssen und anderen Staaten mit wachsenden Schuldenbergen, die immer stärkere Konzentration von Vermögen und

die fehlende Nachhaltigkeit unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems. Die Wirtschaftskrise hat ihren Ursprung eben auch darin, dass das globale Wirtschaftsmodell der letzten zwei Jahrzehnte nicht nachhaltig war – in mehrfacher Hinsicht. Es war nicht nachhaltig, weil ungleichgewichtige Beziehungen zwischen Importländern, vor allem den USA, in denen sich die Konsumenten immer weiter verschuldeten, und Exportländern wie China und Deutschland, die sich außergewöhnlich einseitig auf Ausfuhrrekorde konzentrierten und ihre Binnennachfrage nicht entwickelten, auf Dauer wirtschaftlich nicht stabil sein konnten. Es war nicht nachhaltig, weil die soziale Ungleichheit immer weiter anstieg und viel zu wenige von der wirtschaftlichen Entwicklung profitierten. Und es war nicht nachhaltig, weil es auf dem massiven Verbrauch endlicher Rohstoffe und einer immer bedrohlicheren Konzentration von Klimagasen in der Atmosphäre beruhte.

Die Klima- und Ressourcenkrise

Die Klimakrise verlangt immer drängender nach durchgreifenden Antworten. Regelmäßig werden neue Erkenntnisse der Klimawissenschaft veröffentlicht, die noch alarmierender sind als die vorherigen. Wenn es der Weltgemeinschaft nicht innerhalb der nächsten Dekade gelingt, den Trend immer weiter steigender klimaschädlicher Emissionen umzukehren, wird die Begrenzung der Klimaerwärmung auf weniger als 2°C durchschnittlichen Anstiegs gegenüber vorindustriellem Niveau nahezu unmöglich. Gegenwärtig ist der Globus eher auf dem Pfad zu einer Klimaerwärmung um bis zu 6 Grad Celsius. Die Folgen wären dramatisch: Es käme zu einer heute noch kaum vorstellbaren Veränderung der Geographie der bewohnbaren Welt. Wasserversorgung und Bodenfruchtbarkeit in weiten Regionen wären in Frage gestellt. Extreme Wettersituationen und die von ihnen angerichteten Schäden würden sich weiter häufen. Der Anstieg des Meeresspiegels würde große, bevölkerungsreiche und wirtschaftsstarke Küstengebiete unter Wasser setzen. Es käme zu großen Wanderungsbewegungen von Klimaflüchtlingen, die eher in hunderten als in dutzenden Millionen zu zählen wären. Die Biodiversität würde brutal geschädigt, unverzichtbare Ökosysteme würden für immer verschwinden. Es käme insgesamt zu verheerenden wirtschaftlichen Schäden, die der Ökonom Nick Stern auf bis zu 20 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts abschätzte.

Wie die Finanzkrise hat die Klimakrise ihren Ursprung in der mangelnden Nachhaltigkeit unseres Wirtschaftssystems. Wie bei der Finanzkrise dominiert das Streben nach kurzfristigen Gewinnen über das, was langfristig sinnvoll und nachhaltig wäre. Das führt dazu, dass wir die endlichen

Rohstoffe unseres Planeten in atemberaubendem Tempo verbrauchen, einzigartige Ökosysteme rücksichtslos zerstören und die Umwelt mit Emissionen und Abfällen in einem Maße belasten, das weit über ihre Aufnahmefähigkeit geht und letztlich zum Kollaps führen muss.

Wie bei der Finanzkrise fehlen Regeln, die verhindern, dass einige wenige auf Kosten von vielen leben und wirtschaften. Denn sowohl die Klimaemissionen als auch der Ressourcenverbrauch sind höchst ungleich verteilt. Eine Minderheit von 20 Prozent der Weltbevölkerung verbraucht 80 Prozent der Ressourcen. Diese rücksichtslose Wirtschafts- und Lebensweise ist nicht verallgemeinerbar. Ein Wirtschaftssystem, das sechs oder neun Milliarden Menschen ein Leben in Würde ermöglichen soll, kann nicht auf endlichen, fossilen Rohstoffen aufgebaut sein. Die Rohstoff-Preisexplosionen vor der Finanz- und Wirtschaftskrise zeugen davon.

Die Klima- und Ressourcenkrisen stellen also unsere Art zu wirtschaften, zu konsumieren und zu transportieren grundlegend in Frage. Die Industrieländer müssen ihre CO₂-Emissionen um fast 100 Prozent reduzieren, also den Wandel zu einer CO₂-neutralen Wirtschaft meistern, um den Klimawandel aufzuhalten. Wir alle müssen unsere Abhängigkeiten von endlichen Ressourcen reduzieren, damit nicht die Konkurrenz um diese Wirtschaft und Frieden bedrohen.

Die Gerechtigkeitskrise

Beide vorgenannten Krisen finden statt in einer Welt, in der Milliarden Menschen jede Chance auf ein gutes Leben verwehrt wird. Die Zahl der

Menschen, die chronisch von Hunger betroffen sind, ist erstmals in der Geschichte der Menschheit auf über 1 Milliarde gestiegen. Noch mehr Menschen haben keinen Zugang zu Bildung, zu Gesundheitsversorgung oder zu sauberem Trinkwasser. Aber Wohlstand ist nicht nur zwischen Nord und Süd ungerecht verteilt. Auch innerhalb der einzelnen Länder wächst die Schere zwischen Arm und Reich – und zwar nicht nur in den Entwicklungs- und Schwellenländern, sondern in den entwickelten Industriestaaten. Gerade auch in den Industrieländern wächst die soziale Unsicherheit. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich immer weiter, ganze Bevölkerungsschichten sind von Zugängen zu Arbeit, Einkommen oder guter Bildung ausgeschlossen.

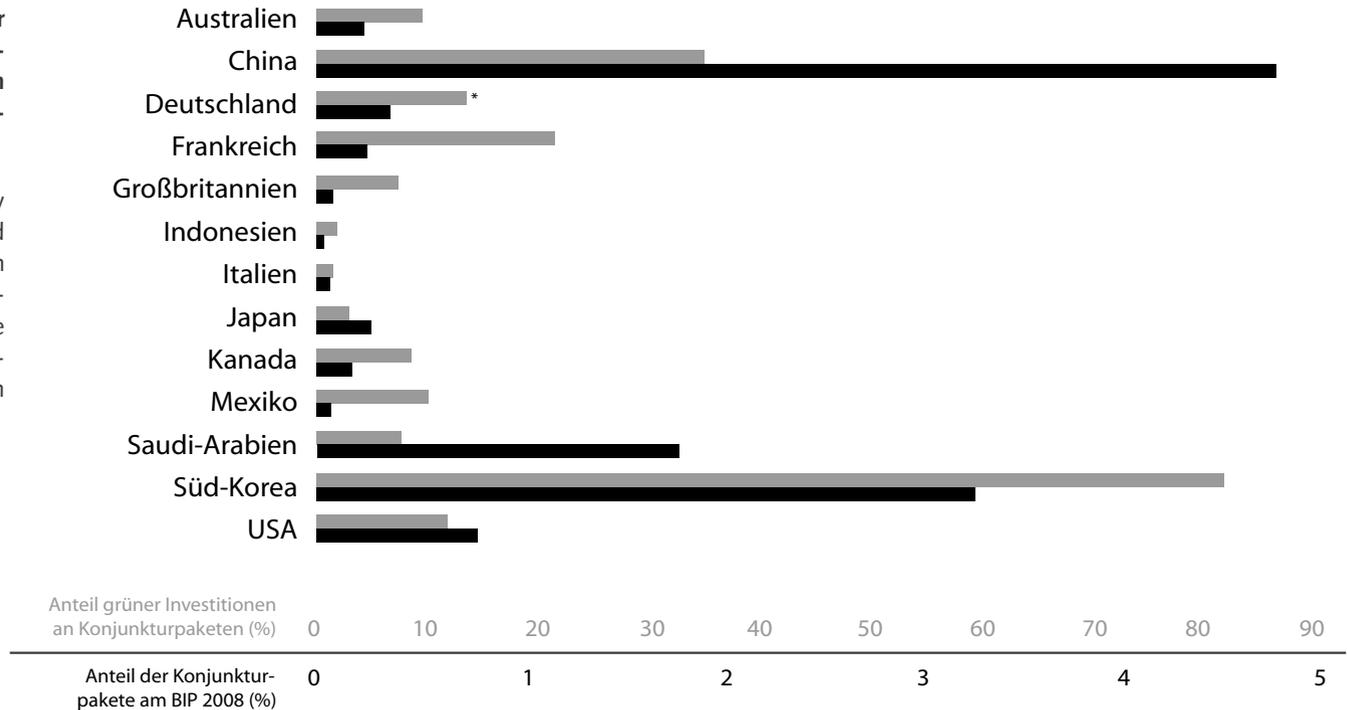
Auch wenn die Gründe für diese Entwicklung komplex und vielschichtig sind, das Wirken der Finanzmärkte in den letzten Jahren war auch in den nicht krisenhaften Zeiten hoch problematisch. Die entfesselten Finanzmärkte haben die soziale Spaltung und die Konzentration von Vermögen enorm beschleunigt, der Druck zur Rationalisierung hat immer mehr Menschen von Arbeit und Einkommen ausgeschlossen.

Der Grüne New Deal

Die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise wird oft mit der Weltwirtschaftskrise in den 1920er und 1930er Jahren des vergangenen Jahrhunderts verglichen. Auch damals gab es ausgehend von einem Finanzcrash einen tiefen Einbruch der Realwirtschaft. Dem amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt gelang es, durch ein großes Investitionsprogramm sowie mithilfe von Finanz-, Wirtschafts- und Sozialreformen in den USA einen Wendepunkt einzuleiten.

Abb 1: Anteil grüner Investitionen an Konjunkturpaketen und deren Anteil am Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2008

Vorreiter des Grünen New Deal sind Süd-Korea und China – diese Länder haben eine deutlichere Ausrichtung auf ökologische Investitionen. In Deutschland besteht hingegen noch Nachholbedarf.



*inkl. 5 Mrd. € für die Abwrackprämie

Durch den sogenannten »New Deal« sollten die »Karten neu verteilt werden«, die krisengeschüttelten Menschen eine neue Chance bekommen und die Wirtschaft ein neues Fundament. Investitionsprogramme und öffentliche Beschäftigung schufen neue Arbeitsplätze, das Banken- und Finanzsystem wurde grundlegend umgebaut und wieder auf die Finanzierung der Realwirtschaft ausgerichtet. Mindestlöhne, die Einführung von Sozialversicherungen und eine progressive Einkommensbesteuerung schufen neuen sozialen Zusammenhalt. An diese Erfahrung knüpfen wir an.

Auch heute geht es darum, mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung ein besseres Morgen möglich zu machen. Aber anders als damals kann ein solcher New Deal heute nur ein Green New Deal sein, der nicht zu Lasten der Umwelt, sondern zum Nutzen der Umwelt geschlossen wird. Wer die Wirtschaftskrise ohne Rücksicht auf das Klima lösen will, der zerstört die Lebensgrundlagen von morgen. Und der Grüne New Deal muss auch, anders als Roosevelts nationales Wirtschaftsprogramm ab 1933, eine international abgestimmte Strategie sein. Eine rein nationale Anstrengung wird angesichts der globalen Verflechtungen nicht die gewünschte Wirkung erzielen. Mit dem Grünen New Deal können wir nachhaltige, wirt-

schaftliche Dynamik schaffen. Eine wirtschaftliche Dynamik, die nicht davon lebt, dass sich Millionen US-Konsumenten verschulden, sondern die getragen wird vom ökologischen Umbau unserer Wirtschaft, von massiven Investitionen in CO₂-arme, umweltfreundliche Infrastrukturen und Technologien.

Ein solcher New Deal kann auch heute nur ein fairer, ein gerechter Deal sein. Egal ob in den Industriestaaten oder in den Schwellen- und Entwicklungsländern, die Menschen werden einen Grünen New Deal nur mittragen, wenn es dabei gerecht zugeht. Nur wenn das Recht der Entwicklungsländer auf eigene wirtschaftliche Entwicklung gewahrt bleibt, werden diese die Anstrengungen beim Klimaschutz unterstützen. Nur wenn hierzulande die Menschen nicht von Massenarbeitslosigkeit und Prekarisierung bedroht sind, werden sie den ökologischen Umbau bejahen, der neben vielen Chancen auch Belastungen mit sich bringt.

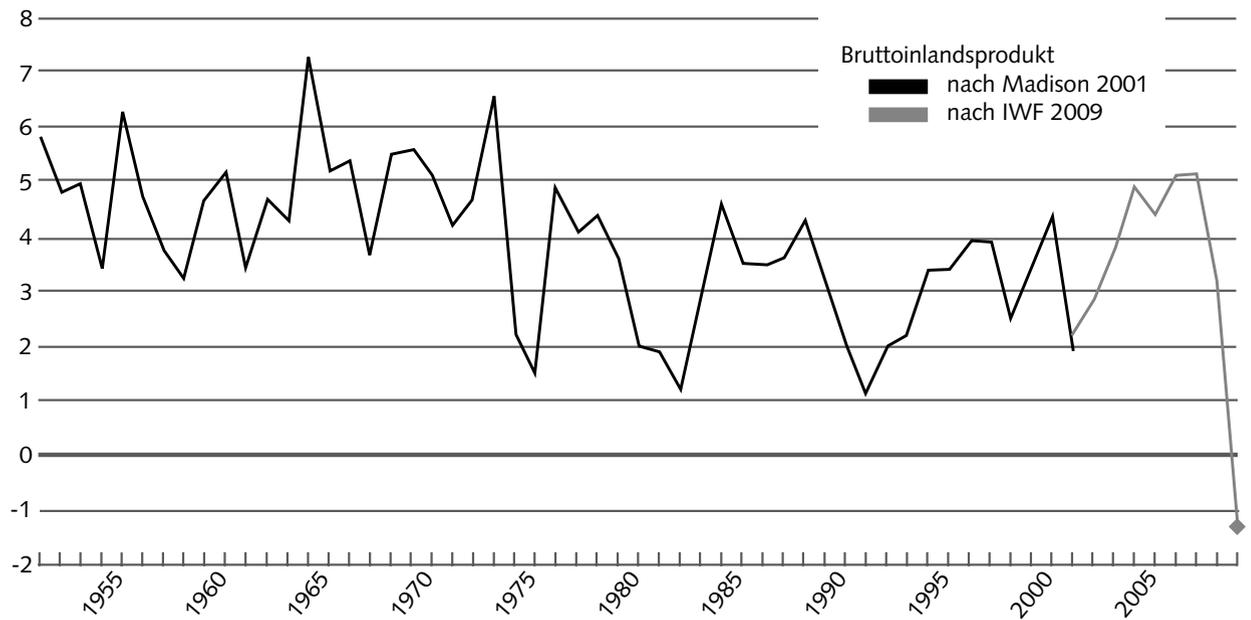
Der Grüne New Deal ist also viel mehr als ein ökologisch-soziales Konjunkturprogramm. Er ist aber auch keine abstrakte Vision für ein anderes, ein besseres Wirtschaftssystem. Der Grüne New Deal ist ein konkretes Maßnahmenpaket, mit dem unser Wirtschaftssystem in den nächsten

Jahren ökologisch und sozial umgebaut werden kann. Der Grüne New Deal beantwortet ganz konkret die drängenden Fragen der Menschen: Wo können neue zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen? Welche Wirtschaftssektoren können die Basis für neue wirtschaftliche Dynamik sein? Wie kann unser Wirtschaftssystem nachhaltiger und stabiler werden? Was können wir gegen das Auseinanderklaffen von Arm und Reich tun, national wie global?

Der Grüne New Deal ruht dazu auf drei Säulen. Die erste ist die Neuregulierung der entfesselten Finanzmärkte, damit diese nicht weiter eine Spekulationsblase nach der anderen erzeugen, sondern die Finanzierung einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung sichern. Die zweite Säule ist der ökologisch-soziale Umbau unserer Gesellschaft, der durch massive Investitionen in Klimaschutz, Bildung und Gerechtigkeit, aber auch durch eine ökologische Industriepolitik vorangetrieben wird. Damit werden neue Arbeitsplätze geschaffen und eine neue wirtschaftliche Dynamik in Gang gesetzt. Die dritte Säule ist die Erneuerung des sozialen Ausgleichs – zwischen Nord und Süd ebenso wie zwischen Arm und Reich hier im Lande.

Abb. 2: Jährliche Veränderung des weltweiten Bruttoinlandsprodukts

Die Finanzkrise hat zum dramatischsten Einbruch der Weltwirtschaft seit dem Zweiten Weltkrieg geführt. Erstmals überhaupt ist das weltweite Bruttoinlandsprodukt nicht gestiegen, sondern gesunken.



Die Finanzmärkte an die grüne Leine legen

Zentraler Auslöser der aktuellen Wirtschaftskrise, die weltweit Millionen Existenzen zerstört hat und die Weltwirtschaft an den Rand des völligen Kollapses gebracht hat, war das ungezügelte, renditegetriebene Treiben an den internationalen Finanzmärkten.

Unter Zuhilfenahme neuer Finanzprodukte, die es vordergründig ermöglichten Risiken zu verteilen, wurde ein gigantisches Kartenhaus aus Hypotheken, Krediten und Finanzderivaten aufgebaut. Das bescherte den globalen Finanzakteuren in guten Zeiten Traumgewinne, als sich jedoch der Wind drehte, brach das Kartenhaus zusammen und riss die Weltwirtschaft mit sich. Das Wirken der Finanzmärkte in den letzten Jahren war aber auch in den Zeiten des Aufschwungs problematisch. Der Druck zur kurzfristigen Renditemaximierung hat soziale und ökologische Probleme massiv verstärkt. Die entfesselten Finanzmärkte haben die soziale Spaltung und die Konzentration von Vermögen enorm beschleunigt.

An der aktuellen Krise ist die Politik nicht unschuldig. Zu lange wurde toleriert, dass sich die neuen Finanzmarktinstrumente wie Kreditderivate oder Verbriefungen und Hedge-Fonds einer effektiven Kontrolle weitgehend entziehen. Zu lange wurde weggesehen, obwohl bekannt war, dass die Banken die Eigenkapitalvorschriften durch Auslagerungen an Zweckgesellschaften unterlaufen. Zu lange wurde zugesehen, wenn neue Finanzakteure bankähnliche Geschäfte machten – also langfristig Geld ausliehen und sich kurzfristig

refinanzierten –, ohne dass diese Akteure derselben Regulierung wie die Banken unterlagen. Kaum etwas wurde getan, um die Orientierung auf kurzfristige Gewinne zu korrigieren.

Die Dynamik und Innovationskraft funktionierender Märkte können eine große Hilfe sein, um die Herausforderungen des Klimawandels oder der Bekämpfung der globalen Armut zu bewältigen. Das wird aber nur funktionieren, wenn sich die Konsequenzen aus der Krise nicht auf einige Detailänderungen an den bestehenden Regulierungsvorschriften oder auf eine Erhöhung der Transparenz und Verbesserung der Aufsicht beschränken – so richtig diese Forderungen sind. Es ist jetzt an der Zeit, einen effektiven Ordnungsrahmen für die globale Wirtschaft zu schaffen, der die Märkte in den Dienst sozialer und ökologischer Entwicklung stellt. Insbesondere die Finanzmärkte müssen wieder auf ihren eigentlichen Zweck zurückgeführt werden: die Finanzierung von Investitionen, die Bereitstellung von Liquidität und die Übernahme von Risiken. Wir brauchen Finanzmärkte, die Kapital in Investitionen für die Zukunft lenken, anstatt unsere Zukunft durch Spekulation und Renditegier zu zerstören.

Der Grüne New Deal

Finanzmärkte

- 1_Das Casino schließen
- 2_Finanzmärkte auf nachhaltige Investitionen ausrichten
- 3_Grüne Zügel für den Kapitalismus
- 4_Eine faire Weltwirtschaft

Wirtschaft

Sozialer Ausgleich

Der Grüne New Deal in NRW

1_Das Casino schließen

Damit die Finanzmärkte wieder zum Diener der Realwirtschaft werden können, müssen die sie wieder Risiken aus anderen Märkten absorbieren, anstatt selbst zum tödlichen Risiko für die Wirtschaft zu werden. Auch wenn sich Krisen und Rezessionen nie ganz beheben lassen – die letzten zwei Jahrzehnte mit ihren unzähligen Finanz- und Währungskrisen waren nicht unausweichlich, sondern Folge der total verfehlten und ganz offensichtlich gescheiterten neoliberalen Deregulierungspolitik. Praktisch überall auf der Welt hat die Politik unter dem Druck der Finanzlobby daran mitgewirkt. So wurden die Finanzmärkte zum Spielcasino. Jetzt ist es an der Zeit, das Casino wieder zu schließen.

> Einfache Regeln für Alle

Die Krise konnte das globale Finanzsystem deshalb so schnell völlig zusammenbrechen lassen, weil die Regeln ungenügend waren, in welchem Maße Banken Sicherheiten (die sogenannten Eigenkapitalunterlegung) für ihre Risiken vorzuhalten hatten. Schlimmer noch, viele Finanzakteure, die ähnlich wie Banken handelten, mussten überhaupt keine Sicherheiten bieten. Zudem geht die bisherige Regulierung in die falsche Richtung, da komplexe Einzelregelungen vorgesehen sind und die Höhe der Eigenkapitalunterlegung zudem von der Bewertung der Position durch die Rating Agenturen abhängt – Bewertungen, die

sich im Krisenfall häufig als falsch herausstellen, also genau dann, wenn die Eigenkapitalunterlegung wichtig wird. Heute braucht es eine neue Philosophie bei der Regulierung. Anstatt komplexe Einzelfallregeln zu schaffen, die einfach auszuhebeln sind, braucht es einfache Regeln, die für alle Akteure gelten sollen – ob Bank, Hedge-Fonds oder was auch immer sich die Investmentbanker morgen einfallen lassen. Dabei sollte gelten: Je größer ein Finanzinstitut ist, umso höher müssen die Anforderungen an die Sicherheiten sein. Damit wird der Tendenz zur Bildung immer größerer Banken entgegengewirkt und verhindert, dass immer mehr Akteure „too big too fail“ werden – also so groß, dass ihr Zusammenbruch automatisch das ganze Finanzsystem in die Krise stürzt. Mit einer solchen einfachen, universellen Regel würden vielen Probleme der letzten Zeit abgestellt werden können. Hedge-Fonds, die ihre hochriskanten Geschäfte häufig durch den extremen Einsatz von Fremdkapital hebeln, ohne dafür ausreichend Sicherheiten bieten zu müssen, könnten so nicht mehr operieren und würden kein systemisches Risiko darstellen. In diesem Sinne müssen das internationale Regulierungsabkommen Basel II und die EU-Eigenkapitalrichtlinie reformiert werden.

> Den Finanzhandeln aus dem Schatten ans Licht holen

Die lange Zeit zu unkritische Unterstützung vieler Finanzinnovationen durch die Politik jenseits und diesseits des Atlantiks hat die Überschwänge an den Finanzmärkten noch verstärkt. Heute vollziehen sich große Teile des Finanzhandels an Orten, die die Aufsicht nicht kennt, mit Produkten, die die Aufsicht nicht kennt. Die Finanzprodukte sind nicht standardisiert, welche Risiken sie bergen ist völlig intransparent.

Nur so konnte das Kartenhaus der letzten Jahre entstehen. Solche Geschäfte müssen in Zukunft verboten werden. Finanzprodukte sollen nur noch standardisiert an den Börsen gehandelt werden. Zudem müssen alle Finanzprodukte, die ein Risiko für die Systemstabilität bedeuten, von der Finanzaufsicht aus dem Verkehr gezogen werden können. Solche Verfahren sind in anderen Branchen, bei denen die Produkte potentiell große Risiken für die Allgemeinheit oder für den Käufer bergen, völlig selbstverständlich.

Stark in die Kritik geraten ist die Verbriefung von Risiken. Das Problem liegt allerdings nicht beim Verbriefungsmechanismus als solchem. Verbriefungen sind und bleiben ein sinnvoller Weg, um Kredite dorthin weiterzureichen, wo sie besser getragen werden können und so die Möglichkeit für zusätzliche Finanzierungsangebote zu schaffen. Notwendig sind aber Regeln, die für eine hohe Qualität der Verbriefungsprodukte sorgen. Die Banken sollten verpflichtet werden, mindestens 20 Prozent der Forderungen in ihren eigenen Büchern zu behalten. Außerdem dürfen KreditnehmerInnen durch das Weiterreichen ihres Kredits nicht in Notlagen geraten oder wichtige Verbraucherrechte eingeschränkt werden.

> Ratingagenturen entmachten

Die Ratingagenturen besetzen eine Schlüsselposition auf den Finanzmärkten. Sie sorgen – wenn ihre Bewertungen korrekt sind – für Transparenz und senken dadurch die Kosten der Marktteilnehmer. Nachdem es weltweit mit Moody's, Standard & Poor's und Fitch aber nur drei nennenswerte Anbieter gibt, kann bereits die Herabstufung eines Wertpapiers durch zwei Anbieter zu hektischen Verkäufen führen und die Finanzmärkte ins Schlingern bringen. Anstatt halbwegs

stabile Informationen und Einschätzungen zu liefern, sind die Ratingagenturen immer wieder Auslöser des irrationalen Herdentriebs an den Börsen.

Die Agenturen unterliegen Interessenskonflikten. Sie werden von denjenigen bezahlt, deren Produkte sie mit Noten bewerten. Sind diese Bewertungen falsch oder nicht ordnungsgemäß erstellt, nehmen aber regelmäßig diejenigen Schaden, die auf die Bewertungen zurückgreifen. Um Interessenkonflikte bestmöglich zu vermeiden, muss das Geschäftsmodell der Ratingagenturen eine Änderung erfahren. Beratungsgeschäft und Bewertung müssen strikt getrennt sein. Die Bezahlung sollte durch die Nutzer der Ratings erfolgen – nicht wie bisher ausschließlich seitens der Bewerteten. Das muss bei der Reform der EU-Finanzmarktregulierungen verankert werden. Dazu kann aber auch eine selbstständige europäische Ratingagentur ein Beitrag sein. Zudem gilt es, die Rolle von Ratings zurückzuschrauben. Die Politik hat den Ratingagenturen durch die Bankenregulierungen oder Entscheidungen der Zentralbanken erst die Macht verliehen, die sie heute haben. Dies gilt insbesondere im Bankensystem, in denen teilweise die Ratings eigene Prüfungen fast verdrängt haben. Die Vereinfachung der Eigenkapitalunterlegungspflichten dient genau diesem Ziel.

> Finanzumsatzsteuer

Mehr Stabilität an den Finanzmärkten würde auch eine Finanzumsatzsteuer bringen. Damit würde jeder Kauf und Verkauf von Finanzprodukten mit einem geringen Steuersatz (z. B. 0,1 %) belegt. Die Idee dahinter ist, dass bestimmte spekulative Geschäfte, bei denen sehr schnell ge- und verkauft wird und so hohe Umsätze entstehen, durch die Steuer unrentabel würden.

Reale Geschäfte, die einen viel langfristigeren Horizont haben, würden jedoch kaum belastet. Die Finanzumsatzsteuer entwickelt somit die Tobin-Steuer, die ausschließlich für internationale Geschäfte zwischen Währungsräumen gedacht war, und eine Börsenumsatzsteuer weiter, die nur Umsätze an Börsenplätzen einbezog. Denn heute sind nicht mehr die Währungsspekulation und die Umsätze an Börsen die alleinigen Probleme, sondern gerade der Handel mit Derivaten an unregulierten Märkten. Eine solche Steuer ließe sich ohne große Wettbewerbsnachteile innerhalb der Eurozone einführen, es braucht keineswegs einen internationalen Konsens. Mit der Finanzumsatzsteuer würden zudem die Finanzmärkte endlich wie jeder andere Wirtschaftsbereich zur Finanzierung des Gemeinwesens herangezogen. Die Einnahmen einer solchen Steuer, die sich laut Studien innerhalb der EU schon bei einem Steuersatz von nur 0,01 Prozent auf 64 Mrd. Euro belaufen würden, könnten zudem die entwicklungs- und sozialpolitischen Maßnahmen des Grünen New Deals finanzieren.

> Die Finanzmarktaufsicht stärken

Die in Deutschland von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und der Bundesbank vorgenommenen Finanzmarktaufsicht hat in ihrer eigentlichen Aufgabe versagt, Fehlentwicklungen zu vermeiden, bevor sie krisenhaft werden. Wir brauchen eine deutliche Verbesserung der Finanzmarktaufsicht in Deutschland. Sie muss unabhängiger werden von der Branche, die sie beaufsichtigen soll. Sie muss mehr als bisher präventiv tätig werden, statt erst nach Eintreten der Krise zu handeln. Und sie muss bei der Beseitigung von Problemen schlagkräftiger werden, z. B. indem sie Finanzprodukte aus dem Verkehr ziehen kann oder nicht nachhaltige

Geschäftsmodelle von Banken korrigieren kann. Heute stellen die beaufsichtigten Unternehmen die Hälfte der Mitglieder im Verwaltungsrat. Dies kann zu Interessenkonflikten führen, die notwendige Unabhängigkeit der Finanzmarktaufsicht wird dann in Frage gestellt. Die Finanzmarktaufsicht muss personell stärker werden, damit sie auf Augenhöhe mit den Finanzmarktakteuren operieren kann.

Der Integration der Finanzmärkte in Europa müssen die EU-Mitgliedsländer eine entsprechende Aufsichtsstruktur folgen lassen. Nur so ist eine schnelle Reaktion im Notfall gesichert. Die bisher vereinbarte Gruppenaufsicht bei europäischen Banken greift zu kurz. Eine EU-Aufsichtsstruktur muss nach dem Vorbild der deutschen BaFin und der britischen FSA eine Allfinanzaufsicht sein. Die Trennung zwischen Wertpapier-, Versicherungs- und Bankenaufsicht ist anachronistisch. Neben der Sicherung der Finanzmarktstabilität soll der Auftrag dieses Gremiums den Schutz der Anlegerinnen und Anleger umfassen.

> Verbraucherschutz auf Finanzmärkten für mehr Vertrauen

Die Finanzkrise hat dramatisch bestätigt, dass große Lücken in der Verbraucherpolitik bei Finanzdienstleistungen bestehen. Das Casino schließen, das heißt gerade auch die Finanzmärkte an den Verbraucherinteressen ausrichten. Dass Menschen aus Unkenntnis und getrieben von falscher Beratung riskante Finanzprodukte kaufen und dadurch ihr Geld verlieren, darf nicht sein. In Zukunft soll deshalb verbraucher- statt provisionsorientiert beraten werden. Wir wollen, dass geschädigte VerbraucherInnen Entschädigung durchsetzen können. Intransparente Finanzprodukte müssen verboten werden.

2_Finanzmärkte auf nachhaltige Investitionen ausrichten

Mehr Stabilität der Finanzmärkte, das reicht nicht. Denn das Problem heute ist, dass Finanzmärkte das Kapital nicht dorthin lenken, wo es für eine nachhaltige Entwicklung notwendig wäre. In den letzten zwei Jahrzehnten ist ein immer größerer Teil des globalen Kapitals nicht mehr in Investitionen in die Realwirtschaft, sondern in das Zocken an den Finanzmärkten geflossen. Anstatt Dienstleister und Kapitalgeber für die Realwirtschaft zu sein, kreisten die Finanzmärkte nur noch um sich selbst. Das betrifft nicht nur die Finanzakteure. Mit den viel zitierten Heuschrecken und einer extremen Fixierung auf den kurzfristigen Shareholder Value haben die Finanzmärkte viele Unternehmen zu einer nicht-nachhaltigen Unternehmenspolitik gezwungen und die soziale Verunsicherung vergrößert. So haben auch normale Unternehmen immer weniger real investiert, sondern ihre Gewinne für Spekulationen im Finanzcasino verwendet. Dort wo investiert wurde, stand zudem all zu oft die kurzfristige Rendite und nicht die langfristige Unternehmensentwicklung im Vordergrund. Diese Entwicklung ist auch mit dafür verantwortlich, dass langfristige Investitionen in Klimaschutz und nach-

haltige Produktionsweisen vielfach nicht stattfanden. An diesem Problem hat sich trotz aller Krisengipfel und schöner Regierungserklärungen bis heute nichts geändert. Im Gegenteil: Die öffentlichen Mittel der Bankenrettungspakete wurden nicht genutzt, um Kredite an Realwirtschaft zu vergeben, sondern sie sind das Schmiermittel, um das Finanzcasino wieder zum Laufen zu bringen. Ein Boom der Aktienmärkte, während die Realwirtschaft über mangelnde Kredite klagt – das ist die absurde Situation heute. Ein Grüner New Deal kann nur funktionieren, wenn dieses Missverhältnis abgestellt wird.

> Kreditversorgung sicherstellen

Eine Stabilisierung des Bankensystems ist alternativlos. Aber das Ziel ist nicht die Rettung bedrohter Bankinstitute oder die Wiederankurbelung des Inter-Banken-Handels, sondern die Sicherung der Kreditversorgung, insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen. Nur so kann verhindert werden, dass die Krise nicht mit zusätzlicher Wucht auf die Realwirtschaft durchschlägt und die Rezessionsgefahr erneut zunimmt. Eine günstige Kreditversorgung der Kleinen und Mittleren Unternehmen muss Bedingung für die Bankenhilfe werden. Großbritannien hat diese Bedingung in seinen Hilfsprogrammen bereits verankert. Deutschland sollte diesem Beispiel folgen. Wir dürfen die Banken nicht aus der Verantwortung entlassen und diese Aufgabe nur der schwächelnden Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) aufbürden. Deshalb ist auch eine

vom Staat durchgesetzte Kapitalaufstockung bei den Banken nach britischem oder amerikanischem Beispiel sinnvoll. In Deutschland hingegen hat die Bundesregierung ein gigantisches Rettungspaket ohne jegliche Möglichkeiten parlamentarischer Kontrolle und ohne politischen Einfluss auf die Geschäftspolitik der Banken geschnürt, das nicht richtig greift. Hier ist die zeitweise Teil-Verstaatlichung von in Not geratenen Banken der bessere Weg.

> Managerbezahlung und starke Mitbestimmung im Interesse der Unternehmen und der ArbeitnehmerInnen

Die extrem kurzfristige Orientierung von Finanzakteuren und Managern hat viel mit der bisherigen Managervergütung zu tun. Im Rahmen der Shareholder-Value-Ideologie wurden durch Boni-Systeme Anreize für die kurzfristige Maximierung der Aktienrendite gesetzt. Damit muss Schluss sein. Als einen Beitrag zu nachhaltigerem Wirtschaften wollen wir die Vergütung von Managern stärker an langfristigen und nachhaltigen Kriterien ausrichten, z. B. indem als Bezahlung ausgegebene Aktien über einen Mindestzeitraum gehalten werden müssen. Das gehört auch in das Zentrum der geplanten EU-Managervergütungsrichtlinie. Wir wollen nicht, dass überhöhte Managerbezüge und Phantasieabfindungen durch die Bürgerinnen und Bürger mitfinanziert werden. Deshalb wollen wir den Betriebsausgabenabzug von Managergehältern auf 500.000 Euro jährlich pro Kopf begrenzen.

Wir wollen zudem das »Unternehmensinteresse« im Aktienrecht konkretisieren. Vorstände und Aufsichtsrat sollen so verpflichtet werden, ihr Handeln nicht nur am »Shareholder Value«, sondern auch an den Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerinteressen sowie den Gemeinwohl-

interessen auszurichten. Denn die ArbeitnehmerInnen haben ein starkes Interesse an einer langfristigen, nachhaltigen Unternehmensentwicklung. Feindliche Übernahmen das Zerlegen und Ausschachten von Unternehmen gehören nicht zu einer grünen Marktwirtschaft. Hier wollen wir die Rechte der Betriebsräte ausbauen. Die Arbeitnehmerseite sollte in Zukunft bei Entscheidungen über große Unternehmensumstrukturierungen – Verkäufe relevanter Unternehmensanteile, Auslagerungen etc. – rechtlich gestärkt werden. Betriebsräte müssen ein zwingendes Mitbestimmungsrecht beim Interessenausgleich erhalten und über den Einsatz von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern mitbestimmen können. Für alle Unternehmen ab 1.000 Beschäftigte soll künftig die paritätische Mitbestimmung gelten. Bei 200 bis 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern soll die drittelparitätische Mitbestimmung eingeführt werden.

> Öffentlichen und genossenschaftlichen Bankensektor stärken und weiterentwickeln!

Mit einem rein privaten Bankensystem können wir die wirtschaftspolitischen Ziele des Grünen New Deals nicht erreichen. Grüne Marktwirtschaft braucht auch Banken, die einem politischen Auftrag folgen, die günstige Kredite für klimapolitisch notwendige Investitionen vergeben und die Kredite für Klein- und Mittelständler in der Fläche bereitstellen. Deshalb muss das deutsche Drei-Säulen-System aus privaten, genossenschaftlichen und öffentlichen Banken erhalten werden.

Der öffentliche Bankensektor muss gestärkt und in Reaktion auf die dramatischen Fehlentwicklungen bei zahlreichen Landesbanken weiterentwickelt werden. Die öffentlichen Banken

haben einen klaren Auftrag, nämlich gemeinwohlverpflichtete Geschäftspolitik zu betreiben und die regionale Wirtschaft zu finanzieren. Natürlich sollen öffentliche Banken auch auf den Währungsmärkten agieren dürfen und damit wichtige Funktionen für die Sparkassen und ihre Kunden übernehmen. Art und Umfang solcher Geschäfte müssen aber im Einklang mit dem öffentlichen Auftrag der Banken stehen. Es kann nicht sein, dass Staatsvermögen auf globalen Finanzmärkten für die Jagd nach schneller und maximaler Rendite eingesetzt wird.

Angesichts der Probleme, die bei staatlichen Banken deutlich geworden sind, und dem dramatischen Scheitern mancher Privatbank, muss der genossenschaftlich organisierte Teil des Bankensystems wieder stärker in den Blick genommen werden. Regional verankerte und ethischem Investment verpflichtete Genossenschaftsbanken, bei denen die Kunden die Geschäftspolitik mitbestimmen und Verantwortung auch für die Entwicklung der Region übernehmen, bieten eine Voraussetzung dafür, dass die grünen Finanzmarktziele Stabilität, Verbraucherorientierung und Nachhaltigkeit umgesetzt werden.

> Die Finanzmärkte ergrünen lassen

25 Prozent Rendite können nicht nachhaltig erwirtschaftet werden, ohne an anderer Stelle Schaden zu verursachen. Verantwortungsvolles Investment sieht anders aus. Es nimmt ökologische, soziale und ethische Aspekte der Anlageentscheidung in den Blick. Eine neue Finanzmarktverfassung muss dafür sorgen, dass Menschen ihrer Verantwortung gerecht werden können. Informationspflichten für Vermögensverwalter und Unternehmen sollen die Anleger in die Lage versetzen, ihr Investment an sozialen, ethischen und ökologischen Kriterien auszurichten.

Öffentliche Gelder, z. B. als Rückstellungen der gesetzlichen Rentenversicherungen, Gelder der Bundesagentur für Arbeit oder Pensionsfonds im öffentlichen Eigentum, sollen nur nach festgelegten Nachhaltigkeitskriterien angelegt werden dürfen. Mit nachhaltigem Investment und klaren Berichtspflichten für ökologische und soziale Indikatoren wollen wir dafür sorgen, dass die Finanzmärkte einen positiven Beitrag zu einer ökologischen und sozialen Ausrichtung der Wirtschaft leisten.

3_Grüne Zügel für den Kapitalismus

Die Finanzmärkte für eine nachhaltige Wirtschaftsweise einzuspannen und den Naturverbrauch zu schrumpfen, wird nur funktionieren, wenn es einen klaren ökologischen und sozialen Ordnungsrahmen für den Kapitalismus gibt. Die aktuelle Krise hat noch einmal deutlich gemacht, dass eine Globalisierung der Wirtschaft und der Finanzströme ohne verbindliche globale Regeln zum Schutz von Ökologie, zur Stabilisierung der Wirtschaftssysteme und zur Sicherung sozialer Standards in die Katastrophe führt. Neue Managerregeln, eine Finanzumsatzsteuer – das alles läuft ins Leere, wenn es nicht klare Leitplanken für die globalen Märkte gibt. Deshalb muss Nachhaltigkeit zum Kompass der Wirtschaftspolitik werden. Das bedeutet, dass die Preise endlich die ökologische Wahrheit sagen müssen. Schluss damit, dass derjenige belohnt wird, der die Umwelt belastet. Das bedeutet, dass es weitreichende, klare und verbindliche Reduktionsverpflichtungen beim Klimaschutz gibt, die mit einem wirksamen Emissionshandel auch durchgesetzt werden. Das bedeutet, dass mit europäisch und international verbindlichen sozialen Mindeststandards ein Dumpingwettbewerb verhindert wird. Nur mit einem solchen Ordnungs-

rahmen kann der Pioniergeist und die Innovationskraft dynamischer Märkte in Richtung einer sozialen und nachhaltigen Entwicklung kanalisiert werden. Nur mit einem solchen Ordnungsrahmen können wir die Dynamik des ökologischen Wandels wirklich freisetzen und damit neue Chancen und neue Jobs schaffen. Einen solchen globalen Ordnungsrahmen aufzubauen, wird Zeit brauchen. Aber es ist höchste Zeit, endlich damit anzufangen. Dabei muss Europa vorangehen und zum Vorreiter bei Klimaschutz und ökologischem Umbau werden. Das zeigt nicht nur dem Rest der Welt, das es geht, sondern es verschafft der europäischen Industrie wichtige Wettbewerbsvorteile auf den Märkten der Zukunft.

> Investitionen in Umwelt belohnen – ökologische Finanzreform statt Klimakiller-Subventionen

Die Idee der ökologischen Finanzreform ist einfach: Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen. Wer umweltfreundlich produziert und konsumiert, soll weniger bezahlen als jene, die Umwelt und Klima verschmutzen. Dazu müssen umweltschädliche Subventionen abgebaut und umweltfreundliches Verhalten steuerlich belohnt werden. Vor allem aber muss die Steuer- und Abgabenlast vom Faktor Arbeit hin zum Faktor Umwelt verlagert werden. Das schafft neue Arbeitsplätze, da Arbeit relativ zu anderen Faktoren günstiger wird, und es entlastet die Bürgerinnen und Bürger.

Die von Rot-Grün begonnene ökologische Finanzreform gilt es fortzusetzen. Wir wollen die ökologische Finanzreform auf EU-Ebene weiterentwickeln. Die Krise hat alle Staatshaushalte in der EU massiv belastet. Irland, Griechenland, Spanien, Großbritannien und Slowenien stehen mittelfristig vor dem Bankrott. Die Länder, die sich in der Vergangenheit gegen Harmonisierungen in der ökologischen Steuerpolitik gesträubt haben, werden durch die wachsende Staatsverschuldung zu Steuererhöhungsschritten gezwungen.

Statt der Entfernungspauschale wollen wir eine Mobilitätszulage einführen, die unabhängig vom Einkommen allen Beschäftigten gezahlt wird. Das Dienstwagenprivileg für große Spritfresser wollen wir abschaffen. Die Kohlesubventionen wollen wir beenden und die Ausnahmen bei der Ökosteuern streichen. Zugleich wollen wir die Stromsteuer auf Strom aus Erneuerbaren Energien abschaffen.

> Verbindlicher Klimaschutz

Klimaschutz ist kein Luxus für gute Zeiten. Er ist (über-)lebensnotwendig. Wir GRÜNE stehen ohne Wenn und Aber zum Ziel, die globale Erwärmung in diesem Jahrhundert auf ein Minimum zu begrenzen. Alle Industriestaaten müssen dafür ihren Treibhausgasausstoß bis 2050 um deutlich mehr als 80 Prozent reduzieren. Neue wissenschaftliche Erkenntnisse legen sogar nahe, dass bis zu 95 Prozent Reduktion des Klimaausstoßes der Industriestaaten nötig sein wird.

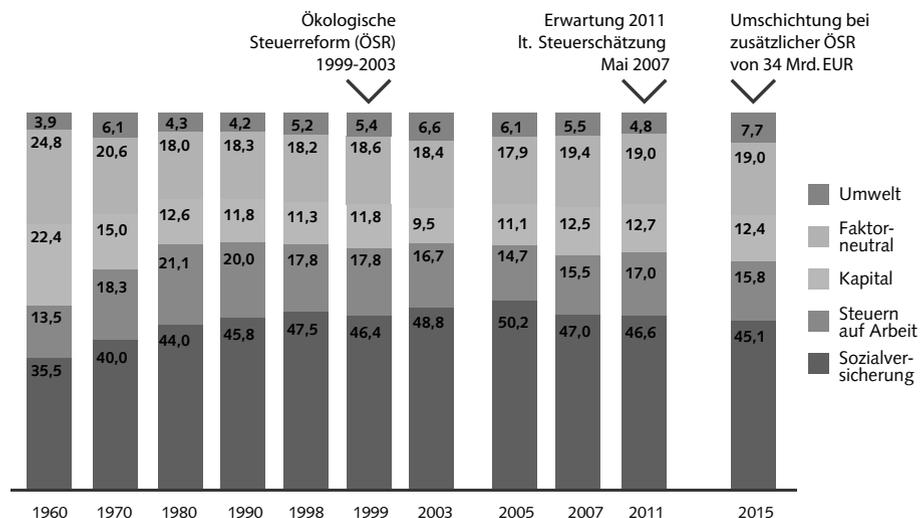
Weltweiter Klimaschutz ist nur mit einem neuen globalen Klimaabkommen zu haben. Wir Grüne setzen auf einen beschleunigten Ausbau Erneuerbarer Energien weltweit und auf einen effektiven europäischen Emissionshandel. CO₂ & Co. brauchen einen Preis, damit ein Umdenken stattfindet. Wer mit Treibhausgasen verschmutzt,

muss zahlen, wer das Klima schont, kann sparen. Deshalb sind wir dafür, die Emissionszertifikate grundsätzlich zu versteigern statt sie zu verschenken. Wir wollen, dass Klimaschutzpolitik zum ökologischen Umbau unserer Industriegesellschaft führt. Wir wollen nicht zulassen, dass Minderungsleistungen außerhalb von Deutschland oder Europa über die kritischen, sogenannten »flexiblen Mechanismen« eingekauft werden können.

Der Emissionshandel kann erst dann seine Wirkung ganz entfalten, wenn die Zertifikate grundsätzlich versteigert werden und es keine Schlupflöcher mehr für energieintensive Branchen gibt. Dass die CO2-Zertifikate heute praktisch kostenlos zugeteilt werden, hat nicht nur massive Fehlanreize verursacht, es entstehen auch milliardenschwere Zusatzgewinne der Energiekonzerne, ohne dass die Unternehmen etwas dafür hätten tun müssen. Das muss ein Ende haben.

Abb. 3: Die Entwicklung der Struktur des deutschen Steuer- und Abgabensystems

Unter Rot-Grün wurde der Anteil ökologischer Steuern am Gesamtsteueraufkommen erhöht. Aber noch immer lastet der Großteil der Steuern und Abgaben auf dem Faktor Arbeit. Im Rahmen des Grünen New Deal sollen deshalb die ökologischen Steuern weiter erhöht werden – das hilft dem Klima und schafft neue Arbeitsplätze.



4_Eine faire Weltwirtschaft

Ein weiterer Pfeiler des Grünen New Deal ist eine neue globale Finanzverfassung. Die Vervielfachung des kurzfristig um den Globus zirkulierenden, spekulativ angelegten Finanzkapitals hat die Risiken für Währungs- und Finanzkrisen mit weitreichenden sozialen Folgen drastisch erhöht. Zugleich hat das Fehlen eines globalen Ordnungsrahmes zum Entstehen globaler ökonomischer Ungleichgewichte geführt, die die Weltwirtschaft noch weiter destabilisieren. Wir haben derzeit ein kurzatmiges und destabilisierendes Finanzsystem. Nun werden die Rufe nach einer globalen Finanzverfassung, nach einem globalen Ordnungsrahmen immer lauter. Ein solcher globaler Prozess zur Neugestaltung der Regeln ist dringend nötig. Doch die bisherigen Gipfeltreffen der G20 haben enttäuscht. Ohne eine nachhaltige Finanzverfassung wird jedoch jede nationale Regulierung langfristig scheitern.

Noch drängender ist eine stärkere Koordinierung innerhalb der Europäischen Union. Die Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarktes, eng vernetzter Finanzmärkte und einer Währungsunion hat viel wirtschaftliche Dynamik ent-

fesselt. Zugleich ist jedoch mehr denn je klar, dass eine solche enge wirtschaftliche Integration nachhaltig und sozial nur dann funktionieren kann, wenn auch die politische Steuerung auf dieser Ebene funktioniert. Hier herrschen in der Europäischen Union erschreckende Defizite. Auch innerhalb der Europäischen Union sind massive wirtschaftliche Ungleichgewichte entstanden, zwischen Exportüberschussländern wie Deutschland und den Niederlanden auf der einen Seite und Defizitländern wie Spanien und Frankreich auf der anderen. Diese Ungleichgewichte wirken innerhalb einer Währungsunion extrem destabilisierend. Ein großes Problem ist zudem die astronomisch hohe öffentliche Verschuldung einzelner Mitgliedsstaaten. Durch die Finanzkrise stehen einige Länder de facto vor dem Staatsbankrott. Wir müssen deshalb den europäischen Integrationsprozess in der Wirtschafts- und Finanzmarktpolitik voranzutreiben. Europa hätte so die Chance, als Vorbild zu zeigen, wie man die Märkte auf supranationaler Ebene in den Dienst sozialen Ausgleichs, wirtschaftlicher Stabilität und Ökologie stellen kann.

> Eine neue Weltfinanzarchitektur

Wir GRÜNE wollen eine neue Weltfinanzarchitektur, bei der die Vereinten Nationen eine aktive Rolle spielen. Wir wollen dazu den Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen als zentrales und von der Völkergemeinschaft insgesamt legitimes Organ aufwerten. Die G8 muss in diesem Prozess aufgelöst werden, weil ohne die Beteiligung von Schwellen- und Entwicklungsländern globale Probleme nicht mehr lösbar sind. Langfristig wollen wir die zentralen Institutionen globaler Koordination und Regulierung unter das Dach der Vereinten Nationen bringen.

Wir wollen einen globalen Ordnungsrahmen für den Weltmarkt, der ökologische und soziale Grundstandards für alle verbindlich festlegt. Dieser muss auch den Umgang mit den globalen ökonomischen Ungleichgewichten regeln. Die globalen ökonomischen Ungleichgewichte destabilisieren die Weltwirtschaft. Ihrer Entstehung muss in Zukunft effektiver entgegen gewirkt werden. Es gilt darüber nachzudenken, ob nicht globale Regeln geschaffen werden können, die Ländern Anreize geben, keine übermäßigen Handelsdefizite oder Überschüsse zu erzielen.

In den letzten Jahren ist ein Mischsystem aus freien und festen Wechselkursen entstanden, das zur Destabilisierung der Weltwirtschaft und der Finanzmärkte beigetragen hat. In dieser Zeit schwankten die Wechselkurse zwischen den wichtigsten Währungen enorm. Dies hat realwirtschaftliche Investitionen verunsichert und Handelsflüsse verzerrt, was insbesondere auf die wirtschaftliche Entwicklung von Entwicklungs- und Schwellenländern negativen Einfluss hatte. In der Krise hat der massive Wertverlust ihrer Währungen die Situation in mehreren Ländern verschärft. Wir müssen deshalb Schritte in Richtung eines Systems stabilisierter Wechselkurse gehen.

Besondere Beachtung bei der Neugestaltung der Weltfinanzarchitektur muss den Entwicklungsmöglichkeiten der ärmsten Länder zukommen. Diese Länder können von funktionierenden globalen Kapitalmärkten und besonders von ausländischen Direktinvestitionen profitieren. Doch gerade für diese Länder ist Stabilität von entscheidender Bedeutung. In der Vergangenheit kam es jedoch immer wieder zu Finanzmarkt getriebenen Zyklen, in denen zuerst große Mengen Kapital in diese Länder flossen, um dann bei der ersten schlechten Nachricht fluchtartig wieder aus dem Land zu strömen – mit desaströsen Folgen. Deshalb müssen diese Länder die Möglichkeit erhalten, grenzüberschreitende Kapitalströme zu kontrollieren.

> Eine europäische Wirtschaftsregierung

Wir brauchen eine europäische Wirtschaftsregierung in der Euro-Zone. Eine gemeinsame Währung kann auf Dauer nur funktionieren, wenn auch die Wirtschaftspolitiken der Mitgliedsstaaten eng aufeinander abgestimmt sind. Die hohen Exportüberschüsse Deutschlands und der Niederlande gefährden die Stabilität der Euro-Zone wie auch die wachsenden Defizite in Frankreich, Italien und Spanien. Die Lasten der Anpassung müssen Defizit- wie Überschussländer tragen. Die Staaten der Euro-Zone müssen ihre Zusammenarbeit zügig intensivieren. Die Euro-Gruppe muss aufgewertet werden, um gemeinsam mit der Europäischen Zentralbank unter Beteiligung der Sozialpartner die makroökonomischen Rahmenbedingungen zu setzen. Die Aufgabenstellung der Europäischen Zentralbank muss – wie das bei der Fed in den USA der Fall ist – neben der Geldwertstabilität auch eine stabile gesamtwirtschaftliche Entwicklung einschließlich der Beschäftigung umfassen.

Ein neues Fundament für unsere Wirtschaft

Die Wirtschafts-, Klima- und Gerechtigkeitskrisen erfordern nicht nur ein Umdenken in der Finanzmarktpolitik. Nötig ist ein neues Fundament für unser Wirtschaftssystem. Denn noch immer produzieren wir in den Industrieländern auf Kosten der zukünftigen Generationen, der Umwelt und der Menschen in den Ländern des Südens. Mit dem Modell blinden Wirtschaftswachstums muss Schluss sein, denn es zerstört unser Klima und hilft uns nicht weiter bei der Lösung unserer sozialen Probleme.

Weltweit operieren die Staaten mit Milliardenbeträgen gegen die Krise – Summen, die jedwede Vorstellung übersteigen. Es ist falsch, mit soviel Geld lediglich die Risse im alten Fundament unserer Wirtschaft notdürftig kitten zu wollen. Wir müssen entschlossen ein neues Fundament bauen. Nur dann hinterlassen wir unseren Kindern und Enkeln nicht bloß einen gigantischen Schuldenberg, sondern auch etwas, auf das sie aufbauen können. Mit Klientelgeschenken kriselnde Branchen und alte Strukturen zu pappeln, zahlt sich nicht aus. Stattdessen müssen wir investieren in die Infrastrukturen der Zukunft, in eine ökologische Wirtschaft, in mehr Bildung, in einen erneuerten sozialen Ausgleich. Das schafft neue Arbeitsplätze und bringt wirtschaftlichen Erfolg heute und morgen. Die Politik kurzfristiger und wahlloser Konjunkturprogramme mit Strohfeuerwirkungen à la Abwrackprämie bei hoher Verschuldung ist weder konjunkturadäquat noch verantwortlich. Es geht um ebenso massive wie nachhaltige Investitionen, nicht um kurzatmige Konjunkturspritzen. Die Märkte der Zukunft sind grün. Das verlangt, Ökonomie und Ökologie fortan fest zu verbinden. Der Umbau der Gesell-

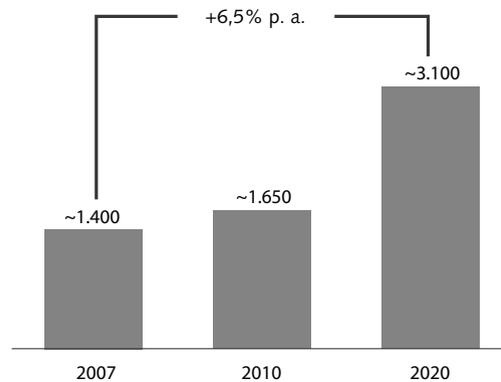


Abb 4: Weltmarktentwicklung der Umweltindustrien 2007-2020

Die Umwelttechnologien bieten große Wachstumspotentiale. Eine Studie des BMU sagt diesem Sektor bis 2020 ein jährliches Wachstum von 6,5% voraus. Mit dem Grünen New Deal nutzen wir diese Chance.

schaft zu einem klimaverträglichen Leben und Wirtschaften ist die Schlüsselaufgabe der Politik in den nächsten Jahren – und zugleich eine enorme Chance.

Wir wollen mit dem Grünen New Deal einen Wandel unserer Wertschöpfungsbasis hin zu einer humanen und ökologischen Wirtschaft erreichen: Bildung, Soziales und öffentliche Güter, Gesundheit und Pflege, ökologische Dienstleistungen und Produkte, Kultur und Wissenschaft. In diesen Bereichen liegt unsere Zukunft. Die Kreativität der Menschen ist eine unserer wichtigsten Ressourcen. Wir wollen deshalb den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch bessere Mitbestimmung in den Unternehmen und mehr Mitarbeiterbeteiligung die Möglichkeit geben, auf eine nachhaltige Ausrichtung der Unternehmensentwicklung hinzuwirken. Der Grüne New Deal zielt damit auf den zukunftsorientierten Umbau der alten Industriegesellschaft.

Mit dem Grünen New Deal können wir innerhalb von vier Jahren 1 Million neue Arbeitsplätze schaffen. Für Europa bietet der Grüne New Deal sogar die Chance auf 5 Millionen neue Jobs.

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien, neue Schienen- und Energienetze, ein besserer ÖPNV, die Steigerung der Energieeffizienz und vieles mehr – all das bringt neue Arbeit und ist viel mehr als Öko-Nische. Denn die ökologische Modernisierung erhält und schafft auch Arbeitsplätze in den klassischen Industriebranchen – in der Automobilindustrie, in der Chemie, im Maschinenbau, in der Stahlerzeugung und im Handwerk. Und neue Arbeitsplätze entstehen durch den Grünen New Deal nicht nur durch ökologische Modernisierung, sondern auch im Bereich sozialer Dienste, also z. B. im Bildungssektor und in der Gesundheits- und Pflegebranche.

Die Erneuerung unseres wirtschaftlichen Fundaments, die Schaffung neuer zukunftsfähiger Arbeitsplätze – für diese Ziele müssen wir alle Kräfte mobilisieren. Dazu brauchen wir ein neues Verständnis und ein anderes Verhältnis der Beziehungen von Markt und Staat. Märkte sind machtvolle Treiber von Innovation und Veränderung und genau das brauchen wir zur ökologischen Modernisierung der Märkte. Aber damit Märkte ihre Aufgabe erfüllen können, müssen

sie eingebettet sein in eine politische Rahmensezung. Denn allein gelassen weisen Märkte zahlreiche Probleme auf, wie uns die Finanz- und Klimakrisen eindrücklich vor Augen führen. Märkte sind aus sich selbst heraus nicht nachhaltig, viele Märkte sind blockiert durch mächtige Interessen des Status quo – wie z. B. der Energiesektor – und produzieren vielfach eine zunehmende soziale Ungleichheit. Diese Probleme können nur durch den klugen Einsatz politischer Instrumente behoben werden. Dabei geht es zum einen um eine ökologische und soziale Rahmensezung, wie wir sie in Kapitel III und V beschreiben. Das verlangt aber auch ehrgeizige Ziele (100 Prozent Erneuerbare Energien), vor allem aber einen Mix aus klarer Ordnungspolitik (z.B. CO2-Grenzwerte für PKW), neuen Finanzierungsinstrumenten (Bürgerversicherung, Bildungssoli), veränderten Rahmenbedingungen für den Arbeitsmarkt (Entlastung kleiner Einkommen von den Sozialversicherungsbeiträgen) sowie zusätzlichen und vorgezogenen staatlichen Investitionen (Gebäudesanierung, Investitionen in Bildung).

Der Grüne New Deal

Finanzmärkte

Wirtschaft

- 1_ Investitionsoffensive
- 2_ Dritte industrielle Revolution
- 3_ Soziale Dienstleistungen stärken
- 4_ Regionale Wirtschaft und solidarische Ökonomie stärken

Sozialer Ausgleich

Der Grüne New Deal in NRW

1_Investitionsoffensive

Im Zentrum des Grünen New Deals steht eine Investitionsoffensive in Klimaschutz, Bildung und Gerechtigkeit. Allein um die Folgen des Klimawandels in beherrschbaren Grenzen zu halten, brauchen wir jährliche globale Investitionen in dreistelliger Milliardenhöhe in Energieeffizienz, Erneuerbare Energien und Anpassung an die klimatischen Veränderungen. Aber auch in den Bereichen Bildung oder

kommunaler Infrastrukturen gibt es enormen Investitionsbedarf. Viele dieser Investitionen müssen jetzt getätigt werden. Sei es, weil erst Investitionen in neue Energienetze die Voraussetzung für den Ausbau Erneuerbarer Energien schaffen. Sei es, weil es darum geht, heute Schaden von morgen abzuwenden. Sei es, weil Investitionen in die falschen Investitionsgüter (wie Kraftwerke, Flugzeuge, Schiffe) Klimaschutz für die nächsten Jahrzehnte unmöglich macht – man denke nur an den geplanten Bau von

einem Dutzend neuer Kohlekraftwerke in Deutschland. Sei es, weil wir, wie z. B. im Bildungsbereich, Chancen für die Zukunft vergeben, wenn wir jetzt nicht entschlossen handeln. Für diese Investitionen braucht es jetzt ein energisches öffentliches Investitionsprogramm. Aber wir müssen auch stärkere Anreize für private Investitionen schaffen, z. B. durch eine Reform des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes, die den Altbausektor miteinbezieht.

> Investitionen in Klimaschutz

Insbesondere im Bereich des Klimaschutzes ist der Investitionsbedarf gewaltig: Wir müssen die Ressourcen für eine grundlegend neue Energieversorgung, für mehr Energieeffizienz, Wärmedämmung und Erneuerbare Energien mobilisieren. Da es sich hier zum Teil um sehr langfristige Investitionshorizonte handelt, braucht es zum einen öffentliche Förderungen und Investitionen, zum anderen aber auch einen verlässlichen politischen Rahmen, damit Unternehmen ihre Investitionen langfristig planen können. Über einen Energie-sparfonds sollen entsprechende Investitionen für einkommensschwache Haushalte finanziert werden.

> Investitionen in Bildung

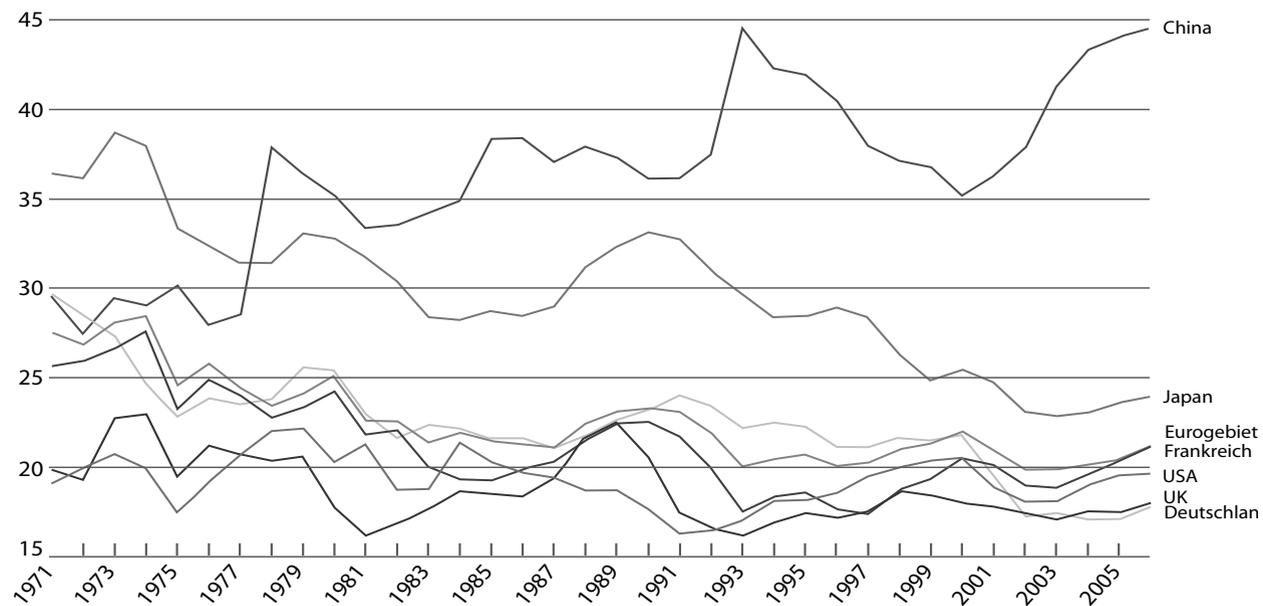
Priorität hat für uns der Rechtsanspruch auf einen hochwertigen ganztägigen Kita-Platz. Dafür alleine sind in den nächsten zwei Jahren über 5 Mrd. € nötig. Noch einmal so viel soll für den Umbau der Schulen zu gebundenen Ganztags-schulen aufgewandt werden. Bis 2010 könnten so fast 3.500 Schulen zu Ganztags-schulen ausgebaut werden. Mit mehr als 2 Mrd. € sollen in den kommenden beiden Jahren über 200.000 zusätzliche Studienplätze eingerichtet werden.

> Investitionen in den Kommunen

Unser Grünes Investitionsprogramm setzt bei den Kommunen an. Kommunale Investitionen wirken direkt vor Ort, haben hohe Arbeitplatzeffekte und sind gut für die regionale Wertschöpfung. Aber obwohl die Kommunen ihre Infrastruktur bei Sozialleistungen, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik ausbauen müssten, sinken die kommunalen Investitionen seit 1992. Das Deutsche Institut für Urbanistik rechnet für den Zeitraum von 2006 bis 2020 mit einem Mittelbedarf von 704 Mrd. €. Gemessen an den kommunalen Investitionen des Jahres 2005 entspricht dies einem jährlichen Mehrbedarf von 7 Mrd. €. Arme Kommunen müssen besonders viele Investitionen nachholen. Weil viele von ihnen aber nur Nothaushalte verabschieden dürfen, darf die Investitionsförderung nur geringe oder keine Kofinanzierung verlangen.

Abb 5: Investitionsquoten im internationalen Vergleich

Die Investitionsquote Deutschlands (öffentliche und private Investitionen gemessen am Bruttoinlandsprodukt) ist in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich gefallen und ist heute niedriger als in anderen vergleichbaren Industrieländern. Für eine ökologische Modernisierung der Wirtschaft müssen deshalb die Investitionen zielgerichtet deutlich erhöht werden.



2_Startschuss für die dritte industrielle Revolution

Deutschland muss die Finanz- und Wirtschaftskrise als Chance zur ökologischen Modernisierung der Industrie nutzen. Der Anteil des verarbeitenden Gewerbes liegt trotz der Entwicklung zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft nach wie vor bei 24 Prozent an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung und setzt mit 6 Millionen Beschäftigten jährlich mehr als 1.600 Mrd. € um. Die industrielle Produktion ist ein Fundament der wirtschaftlichen Stärke Deutschlands.

Der Umbau zu einer kohlenstoffarmen, ressourcenschonenden Wirtschaftsweise muss besonders die industriellen Strukturen einbeziehen. Hier entstehen noch immer die meisten CO₂-Emissionen, hier liegen noch große Potentiale für Energieeinsparungen und Effizienzsteigerungen. Dieser Umbauprozess bedeutet nicht weniger als eine dritte industrielle Revolution. Die erste industrielle Revolution brachte den Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft. Die zweite industrielle Revolution intensivierte und mechanisierte die Produktion. Heute ist Zeit für eine dritte industrielle Revolution, die den Menschen, die Umwelt und das Klima in den Mittelpunkt stellt. Das ist ökologisch und wirtschaftlich geboten.

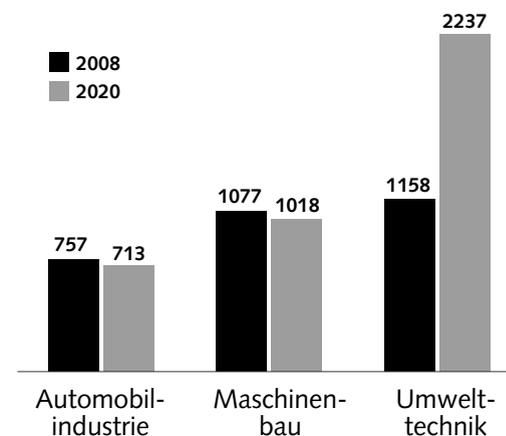
Unternehmen haben eine Perspektive, wenn sie sich frühzeitig auf die Märkte der Zukunft und auf veränderte Bedürfnisse und Problemstellungen der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie der weltweiten Nachfrage ausrichten.

Eine leistungs- und wettbewerbsfähige Industrie, zukunftsfähige Arbeitsplätze und eine ressourcenverträgliche Produktion gehen Hand in Hand. Allerdings wird dieser Wechsel nicht von selbst kommen. Dazu braucht es aktive Politik, die Marktmechanismen nutzt, um die Kreativität und Innovationskraft der Unternehmen in den ökologischen Umbau zu lenken. Dazu muss die Politik eine übergreifende Transformationsstrategie entwickeln, die dem Strukturwandel eine Richtung gibt und die Unternehmen in ein neues Gründerzeitalter mitnimmt.

Diese Transformationsstrategie bedarf verschiedener Instrumente. Während ein ökologischer und sozialer Ordnungsrahmen (wie z. B. der Emissionshandel) Anreize für eine nachhaltige Entwicklung setzt und öffentliche Investitionen die Infrastrukturen als Basis für einen solchen Umbau schaffen, wird grüne Industriepolitik den Wandel in den einzelnen Branchen moderieren. Mit gezielten Förder- und Forschungsprogrammen (wie dem Erneuerbare-Energien-Gesetz), mit zielgenauen staatlichen Vorgaben (wie z. B. CO₂-Grenzwerten für PKW)

oder ökologischen Nachfrageimpulsen (z. B. durch öffentliche Beschaffungen) schaffen wir neue Investitionschancen für Unternehmen und können so die notwendige Umbaudynamik anstoßen. Grüne Industriepolitik nimmt alle Branchen in den Blick. Eine Aufteilung in gute und schlechte Industrien macht keinen Sinn. Wir wollen der Industrieproduktion Impulse geben, sich insgesamt unter Energie- und Materialeffizienzgesichtspunkten zu erneuern und zukunftsweisende Technologien vorantreiben – sei es in der Erneuerbare-Energien-, der Automobil- oder der Chemieindustrie.

Abb 6: Arbeitsplätze in deutschen Leitindustrien (in Tausend)



Unter den richtigen politischen Vorzeichen kann 2020 die Umwelttechnik die mit Abstand führende Leitindustrie Deutschlands sein. Sie bietet dann dreimal so vielen Menschen Arbeit wie die Automobilindustrie.

> 100 Prozent Erneuerbare

Das wichtigste Industrie- und wirtschaftspolitische Ziel der nächsten zwei Jahrzehnte ist der völlige Umstieg auf Erneuerbare Energien bei der Strom- und Energieproduktion. Bis 2020 setzen wir auf einen Anteil von mindestens 40 Prozent bei der Stromproduktion und 30 Prozent bei der Wärmeproduktion. Notwendig sind dafür ein massiver Ausbau der erneuerbaren Energien, aber auch massive Anstrengungen bei der Steigerung der Energieeffizienz und der Energieeinsparung. Das lohnt sich doppelt: Es schützt das Klima und schafft neue Jobs.

Der Umstieg auf Erneuerbare Energien wird einen tiefgreifenden Innovationsprozess entfachen und hunderttausende neue Arbeitsplätze schaffen und sichern: Windkraftwerke, Solar- und Photovoltaikanlagen, Biomassekraftwerke müssen entworfen, produziert, installiert und gewartet werden. Neue intelligente Stromnetze müssen entwickelt und flächendeckend aufgebaut werden. Häuser müssen wärmegeklämt, Produktionsprozesse energiesparend umgebaut werden. Neue Jobs entstehen also nicht nur bei den Erneuerbare-Energien-Industrien, sondern auch im Maschinenbau, im Handwerk, im Baugewerbe.

Dazu bedarf es eines entschiedenen wirtschafts- und industriepolitischen Vorgehens. Der Bau neuer Kohlekraftwerke muss verboten, der Atomausstieg konsequent fortgesetzt werden. Vor allem aber braucht es Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz. Durch ein ambitioniertes Energieeffizienzgesetz werden wir den Energieverbrauch deutlich reduzieren. Für die umweltfreundliche Kraft-Wärme-Kopplung wollen wir die Rahmenbedingungen verbessern und ihren Anteil bis 2020 an der Stromerzeugung auf 30 Prozent erhöhen (Quotenmodell).

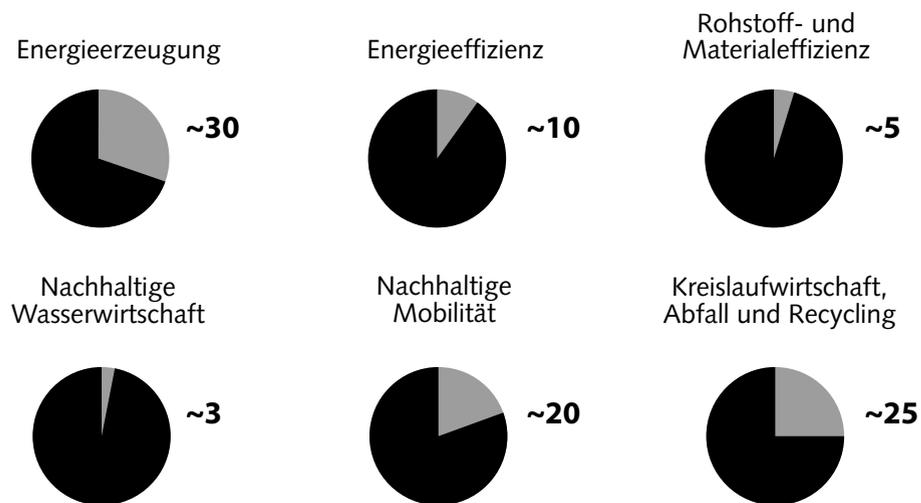
> Leitbild Ressourceneffizienz

Materialkosten verursachen im produzierenden Gewerbe rund 40 Prozent der Kosten, Personal nur etwa 25 Prozent. Die Preisexplosionen in den letzten Jahren auf den Rohstoffmärkten haben die Lohnkostenentwicklung zeitweise vollständig in den Schatten gestellt. Der Umstieg auf ressourcenleichtes Wirtschaften und auf geschlossene Stoffkreisläufe kommt also nicht nur der Umwelt zugute, sondern stärkt die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und sichert Arbeitsplätze. Unternehmen können durch steigende Materialeffizienz Kostenersparnisse von kurzfristig mehr als 2 Prozent erzielen. Mit einer Ressourcenabgabe wollen wir den Innovationsdruck zu ressourcenschonenden Produkten verstärken und das Impulsprogramm Materialeffizienz weiter ausbauen, um Energieeffizienz erweitern und als Impulsprogramm effiziente Produktion insbeson-

dere für kleine und mittlere Unternehmen attraktiver machen. Erleichterter Zugang für Beratungen durch die deutsche Materialeffizienzagentur in Verbindung mit speziellen Förderprogrammen auch im Bereich der Mikrokredite könnte einen Run auf ressourceneffiziente Maschinen auslösen.

Die Entwicklung intelligenter Mess- und Regelungstechnik („Smart Metering“) ist eine Voraussetzung für material- und energieeffiziente Produktion wie privatem Verbrauch. Wir setzen auf einen dynamischen Effizienzstandard, bei dem die energiesparendsten Haushaltsgeräte den Standard vorgeben, den künftig alle Anbieterinnen und Anbieter einhalten müssen (Top-Runner-Modell). Eine bessere Energieberatung, klare Energieverbrauchskennzeichnung und strenge Hersteller-Vorgaben für den maximalen Energieverbrauch sollen Verbraucherinnen und Verbrauchern den Kauf von sparsamen Geräten erleichtern.

Abb 7: Marktanteil des ökologischen Sektors in Deutschland in Prozent



> Green Car

Die deutsche Autoindustrie hat die Entwicklung klimafreundlicher Fahrzeuge aktiv blockiert. Das rächt sich jetzt, denn zur Wirtschaftskrise kommt noch eine tiefe Strukturkrise hinzu. Nutzung und Wachstum der weltweiten Autoflotte ist nur dann sozial und umweltverträglich möglich, wenn Verbrauch und Emissionsausstoß massiv gesenkt werden.

Am der deutschen Automobilindustrie hängen hunderttausende Jobs. Diese können wir nur erhalten, wenn die Automobilindustrie grün wird. Nur wer mit umweltverträglichen Autos auf dem internationalen Markt präsent ist, hat wirtschaftlich eine Zukunft und bleibt wettbewerbsfähig. Deswegen kommt es darauf an, dass zukünftig die innovativsten und effizientesten Autos in Deutschland vom Band rollen. Der durchschnittliche CO₂-Grenzwert soll bis 2020 auf 80 Gramm pro Kilometer abgesenkt sein und 2030 abermals deutlich darunter liegen. Die Privilegien für große spritschluckende Dienstlimousinen wollen wir bei der Kfz- und Dienstwagenbesteuerung streichen und sparsame Autos deutlich begünstigen. Wir wollen ein flächendeckendes Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen und 80 km/h auf Landstraßen einführen, auch um das Wettrüsten um die stärksten Motoren zu beenden.

Elektromobilität mit zusätzlichem Strom aus erneuerbaren Energien ist annähernd klimaneutral, leise, schadstofffrei und löst unsere Abhängigkeit vom Öl. Wir wollen dafür sorgen, dass bis 2020 mindestens zwei Millionen Elektrofahrzeuge auf Deutschlands Straßen fahren. Dafür legen wir ein Marktanzreiz- und Forschungsprogramm in Höhe von 500 Millionen € jährlich auf.

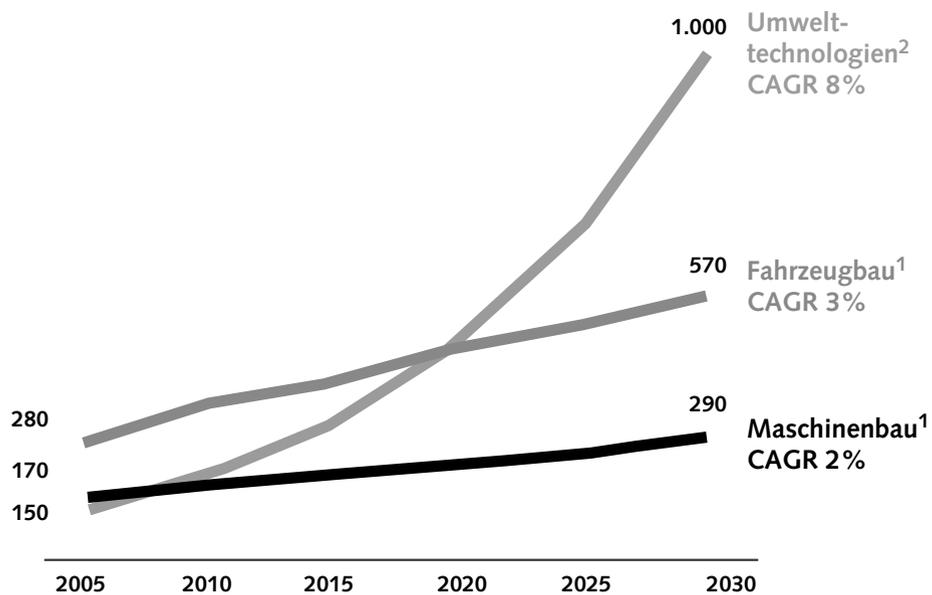
> Grüne Chemie

Nirgendwo anders bündeln sich die Herausforderungen, vor denen wir stehen, so sehr wie in der Chemieindustrie. Die Chemieindustrie ist Teil des Problems. Die Chemieindustrie ist Teil der Lösung. Die chemische Industrie trägt in erheblichem Maße dazu bei, Treibhausgase zu emittieren. Kein Wunder, denn die wichtigste Ressource der chemischen Industrie ist nach wie vor das Erdöl. Ihre Produktionsprozesse sind aber auch jenseits der Klimaproblematik ausgesprochen ressourcenintensiv.

Aber die chemische Industrie hat auch ein gewaltiges Potential zur Lösung drängender Probleme. Neue Werkstoffe setzen auf neue chemischen Verbindungen und können dazu beitragen, schwere, endliche und nur mit erheblichen Umweltfolgen abzubauen Rohstoffe zu ersetzen. Biotechnologische Verfahren ersetzen umweltschädliche Produktionsprozesse. Recycling ist ohne chemische Prozesse in den seltensten Fällen möglich. Chemie kann helfen Gebäude zu dämmen, Solarstrom zu erzeugen oder den Verkehr sauberer zu machen. Ein Elektroauto wird nur mit einer leistungsstarken und effizienten Batterie erfolgreich auf dem Markt bestehen können.

Dafür muss die chemische Industrie aber vom Teil des Problems zum Teil der Lösung werden. Deshalb wollen wir Anreize geben, veraltete Strukturen schneller zu überwinden und gleichzeitig dazu beitragen, neue grüne Potentiale zu erschließen. Die Chemieindustrie ist in Deutschland ein erheblicher Wirtschaftsfaktor. Sie gibt rund 440.000 Menschen Lohn und Brot. Auch deshalb sind wir gut beraten, eine leistungsfähige Chemieindustrie in Deutschland zu halten und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Unser Ziel ist es, in Deutschland Arbeitsplätze in der chemischen Industrie zu erhalten und neu zu schaffen.

Die Themen Klima, Umwelt und Ressourcenknappheit sind der Schlüssel zu neuen Geschäftsfeldern. Je früher sich die deutsche Chemieindustrie wandelt hin zur Green Chemistry und auf Nachhaltigkeitskurs einschwenkt, desto besser ist dies für ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit und für Arbeitsplätze in Deutschland.



1: Umsatz (exkl. Handelswaren), real, Basisjahr 2000
 2: Moderate Abschätzung der Wachstumsrate und des Basiswerts 2005

Abb. 8:
 Umsatzprognose Umwelttechnologie Deutschland (in Mrd. €)
 und durchschnittliches jährliches Wachstum (CAGR = Compound
 Annual Growth Rate)

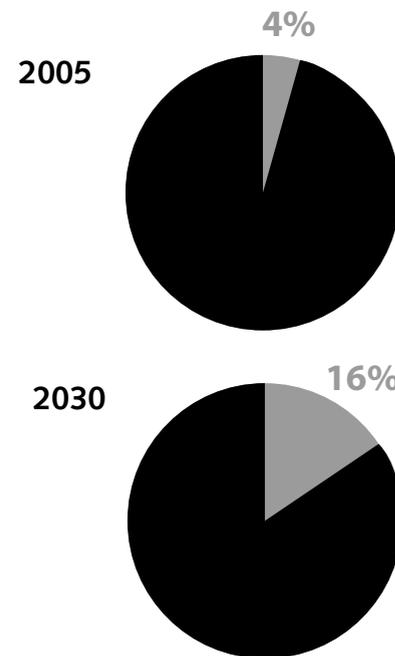


Abb. 9:
 Anteil von Umwelttechnologie am
 Umsatz aller Wirtschaftsbereiche

3_Soziale Dienstleistungen stärken

Mit dem Grünen New Deal treiben wir nicht nur die ökologische Modernisierung voran, sondern haben einen schrittweisen Wandel unserer Wertschöpfungsbasis hin zu einer humanen und ökologischen Wirtschaft im Blick. Mit Investitionen in Bildung, durch eine Modernisierung der sozialen Sicherungssysteme und einen ehrlichen sozialen Arbeitsmarkt schaffen wir Arbeitsplätze in Bereichen, von denen die Gesellschaft am meisten profitiert: im Gesundheits- und Pflegesektor und im Bildungsreich.

> Neue Jobs durch Bildungsinvestitionen als Zukunftsinvestitionen

Bildung ist der Schlüssel zur Zukunft. In Bildung zu investieren, heißt in Zukunftsfähigkeit zu investieren. Bildung ist die Voraussetzung für individuellen Aufstieg und gerechte Startchancen, aber auch zentrale Grundlage einer gerechteren, lebendigen Gesellschaft und eines leistungsfähigen Wirtschaftssystems. Wir setzen klare Prioritäten für eine gesamtstaatliche Bildungsstrategie und einen qualitativen Durchbruch für mehr und bessere Bildungsangebote für Menschen jeden Alters. Das sichert Zukunft und schafft neue Arbeitsplätze im Bildungsbereich.

Gegen die Bildungs- und die Wirtschaftskrise wollen wir mit massiven Investitionen Ungerechtigkeiten im Bildungswesen beseitigen, die Qualität erhöhen und das Bildungswesen der Zukunft bauen. Für ein qualitativ hochwertiges Angebot an frühkindlicher Betreuung für alle Kinder, den Ausbau der Ganztagschulen und mehr Studienplätze und Personal an Hochschulen braucht es 185.000

neue ErzieherInnen, Fach- und Lehrkräfte, die wir in den nächsten vier Jahren einstellen wollen. Diese Stellen werden von dem von uns vorgeschlagenen Bildungssoli mitfinanziert.

> Neue Jobs durch Investitionen in ein sozial gerechtes Gesundheitssystem

Eine der wichtigsten Wachstumsbranchen ist die Gesundheitswirtschaft inklusive des Pflegesektors. Für uns ist die Gesundheitswirtschaft eine zentrale wirtschaftliche Zukunftsbranche und ihre nachhaltige Neuausrichtung eine Frage sozialer Gerechtigkeit. Heute führen aber finanzielle und personelle Engpässe zu zahlreichen Missständen: Stress, schlechte Behandlung, zu wenig Prävention, keine menschliche Zuwendung in der Pflege, Rationierung. Wir begreifen Investitionen in Gesundheit deshalb nicht als Negativposten – im Gegenteil: Wenn wir wollen, dass die Branche wächst, brauchen wir mehr Ausgaben im Gesundheits- und Pflegebereich. Dabei legen wir einen breiten Begriff der Branche zugrunde: Neben dem klassischen Bereich der Ärzte, Krankenhäuser und Altenheime geht es auch um Jobs in Bereichen wie der Medizintechnik oder der Prävention, gesunden Ernährung und Wellness.

Auch volkswirtschaftlich sind Investitionen in Gesundheit sinnvoll. Ähnlich wie Bildungsinvestitionen sind es Investitionen in die Menschen selbst und darum Voraussetzung für Innovation und nachhaltige Wirtschaftsentwicklung. Wir wollen darum Prävention in den Mittelpunkt der Gesundheitspolitik rücken. Die Ausgaben dafür sind derzeit verschwindend gering – dies wird der gesellschaftlichen Bedeutung nicht gerecht.

Der demografische Wandel lässt den Bedarf an Dienstleistungen im Pflegebereich deutlich steigen. Mit der alternden Gesellschaft steigt die Zahl der Hilfs- und Pflegebedürftigen. Neue Beschäftigungsfelder rund um die klassischen Pflegeberufe entstehen – von der Hilfe beim Ein-

kauf oder im Garten bis zu Ergotherapie etc. Gelingen wird ein nachhaltiger Jobboom aber nur, wenn wir mit der Bürgerversicherung die Finanzierung von Gesundheits- und Pflegeversicherung nachhaltig machen.

> Neue Jobs im sozialen Arbeitsmarkt

Schätzungsweise 400.000 Menschen sind auf Grund der derzeitigen Arbeitsmarktsituation dauerhaft vom Erwerbsleben ausgeschlossen. Ihre gesellschaftliche Teilhabe ist gefährdet und sie sind bedroht von sozialer Ausgrenzung. Aus grüner Sicht stehen Politik und Gesellschaft vor der Aufgabe, diesen Menschen zu einer neuen Perspektive zu verhelfen. Wir sprechen uns dafür aus, Langzeitarbeitslose durch langfristig geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wieder zu integrieren. Deshalb wollen wir einen gesellschaftlich akzeptierten Beschäftigungsbereich für Menschen einrichten, die auf dem ersten Arbeitsmarkt absehbar keine Chance haben. Dies soll zum einen über die Beschäftigung im Dritten Sektor geschehen, zum anderen über die Förderung von Beschäftigung in Integrationsfirmen. Finanziert werden die Arbeitsplätze aus den Aufwendungen für passive und aktive Mittel für diese Gruppe von Arbeitlosen. Damit sind sie in der Summe kostenneutral. Bis 2013 sollen in einem ersten Schritt 60.000 Arbeitsplätze im sozialen Arbeitsmarkt entstehen.

> Neue Jobs durch den Abbau von Schwarzarbeit

Schwarzarbeit ist gerade im Dienstleistungsbereich weit verbreitet und behindert die Entstehung legaler Beschäftigung. Wir wollen sie bekämpfen und reguläre Beschäftigung schaffen, indem wir kleine Einkommen mit unserem Progressivmodell von den Sozialbeiträgen entlasten. So und durch den Abbau unnötiger Bürokratie können 200.000 Arbeitsplätze innerhalb von vier Jahren neu geschaffen werden.

4 Regionale Wirtschaft und Solidarische Ökonomie stärken

Die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe ist eine notwendige Ergänzung der Globalisierung, die wir mit dem Grünen New Deal vorantreiben wollen. Regionales Wirtschaften erhöht die Stabilität von Wirtschaft und Beschäftigung, es ist förderlich für Handwerk, kleine Dienstleistungsbetriebe und eine verbrauchernahe Landwirtschaft.

> Solidarische Ökonomie

Neues Wirtschaften braucht nicht nur staatliche Regulierung, sondern auch einen gemeinwohlorientierten, solidarischen Sektor. Soziale Unternehmen, Bürgersolar- und -windanlagen, genossenschaftliche Initiativen, alternative Tausch-, Regionalgeld- oder Handelsnetze und bürgerschaftliches Engagement gewinnen stetig an Bedeutung. Wir wollen die Verbindung gesellschaftlicher Anliegen mit unternehmerischem Handeln unterstützen. In der Grünen Marktwirtschaft wollen wir die Solidarische Ökonomie, in der sich die Freiheit selbstbestimmten Handelns und Demokratie mit sozialer Gerechtigkeit verbindet, gezielt fördern und weiter entwickeln. Dazu gehört eine institutionelle Verankerung der Förderung der Solidarischen Ökonomie im Wirtschaftsministerium. Wir wollen die genossenschaftliche Rechtsform entbürokratisieren und einen sicheren rechtlichen Rahmen für Regionalgeldinitiativen. Die Diskriminierung von Gemeinschaftsunternehmen bei Gründungs- und Förderprogrammen muss beendet werden.

> Regionales Wirtschaften

Zur Dezentralisierung des Wirtschaftens soll auch der lokale Handel, lokale Dienstleistungen, sowie lokale Finanzierungsstrukturen gefördert werden. Dezentrale Elemente im Wirtschaftssystem erhöhen die Stabilität des Gesamtsystems und reduzieren die Auswirkungen von Krisen. Das solidarische Wirtschaften, die lokale Kreditvergabe und die Vergabe von Klein- und Mikrokrediten soll weitestgehend unterstützt werden. Dadurch wird das Engagement der Menschen vor Ort gefördert und die Abhängigkeit von Entscheidungen der Finanzmärkte verringert.

> Grüne Landwirtschaft

Arbeitsplätze gibt es nicht nur in der Industrie und im Dienstleistungssektor, sondern auch in der Landwirtschaft. Das gilt gerade für den ländlichen Raum. Seit Jahrzehnten gingen in der konventionellen deutschen Landwirtschaft viele Arbeitsplätze verloren – immer weniger Bauern wirtschafteten auf immer größeren Flächen. Wir Grünen haben zu Beginn des Jahrhunderts die Agrarwende eingeleitet. Seitdem gilt: Bio boomt.

Derzeit arbeiten rund 160.000 Menschen in der Biobranche: mehr als 50.000 in landwirtschaftlichen Betrieben, 50.000 in der Herstellung sowie rund 60.000 im Naturkosthandel oder in Reformhäusern. Insgesamt hat sich die Zahl der Arbeitsplätze in der Biobranche in den letzten zehn Jahren nahezu verdoppelt. Wir wollen den Anteil des Biolandbaus an der gesamten landwirtschaftlichen Fläche, der 2008 nur 5,1 Prozent betrug, massiv ausweiten und damit die Angebotsengpässe bei ökologisch produzierten Lebensmitteln aus Deutschland beheben. Wenn wir die Zahl der Neuumstellungen auf ökologischen Landbau steigern und den Anteil der Ökolandfläche bis 2020

verdreifachen, sind ca. 70.000 neue Arbeitsplätze möglich. Dazu müssen Agrarsubventionen von Umwelt- und Klimaleistungen abhängig gemacht werden und Förderprämien vor allem für die Umstellung auf Ökolandbau erhöht werden.

Ein neuer sozialer Ausgleich

Die dritte Säule des Grünen New Deal bildet die soziale Gerechtigkeit. Unser Anspruch ist es, die soziale Spaltung zu überwinden, die sich in den letzten Jahren überall vertieft hat.

Der Grüne New Deal

Finanzmärkte

Wirtschaft

Sozialer Ausgleich

- 1_Ausgleich zwischen Nord und Süd
- 2_Gerechte Verteilung von Chancen und Einkommen in Deutschland
- 3_Den Grünen New Deal gerecht finanzieren

Der Grüne New Deal in NRW

Über eine Milliarde Menschen leiden Hunger, noch mehr Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser oder zu Bildung. In fast allen Industrieländern sind die Reallöhne gesunken, während die Gewinn- und Vermögenseinkommen gestiegen sind. Die Konzentration von Vermögen in den Händen einiger weniger hat stark zugenommen; so besitzen in Deutschland heute 5 Prozent der Bevölkerung 47 Prozent des Vermögens. Chancen- und Zugangsgerechtigkeit ist für immer mehr Kinder ein Fremdwort, mit oft verheerenden Folgen für ihr späteres Erwerbsleben.

Die globalen Krisen treffen die Ärmsten besonders hart. Wegen der Finanzkrise droht ihnen eine Verminderung der zugesagten Mittel für Entwicklungszusammenarbeit ebenso wie Kapitalflucht in die reicheren Staaten. Auch der

Klimawandel bedroht vor allem die Menschen im Süden durch Überschwemmungen, Dürren oder den Verlust landwirtschaftlicher Flächen.

Die Überwindung dieser sozialen Spaltung ist aber nicht nur ein Gebot der Gerechtigkeit. Sie ist auch notwendig, um den Umbau hin zu einem nachhaltigen Wirtschaftssystem zu ermöglichen. Wer nichts gegen die soziale Spaltung zwischen Nord und Süd tut, der wird die Entwicklungs- und Schwellenländer nicht für den Klimaschutz gewinnen können. Wer nichts gegen die soziale Spaltung hierzulande tut, bekommt keine Unterstützung für den ökologischen Umbau. Gemeinsames Handeln gibt es nur unter der Voraussetzung gerechter Bedingungen!

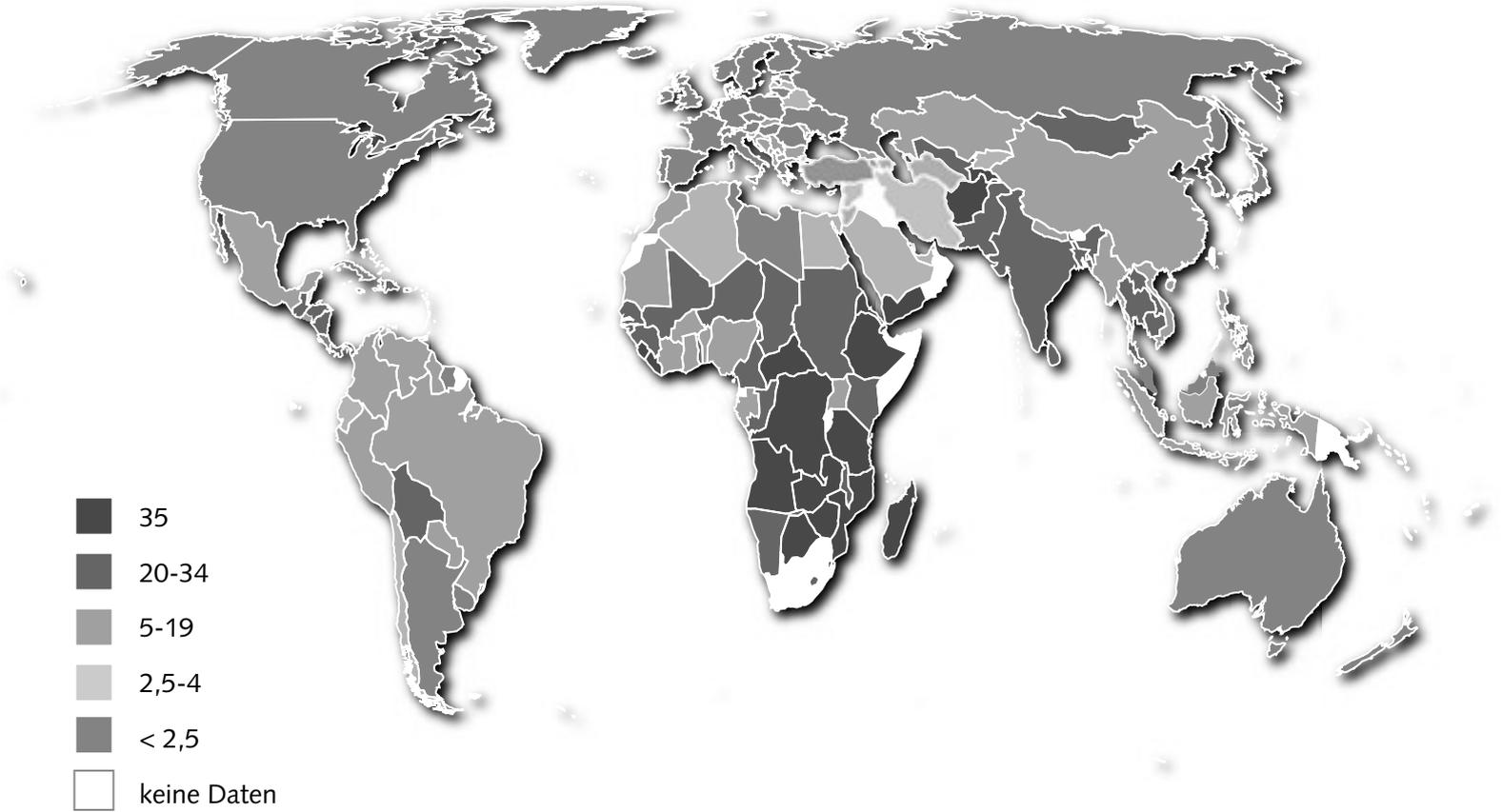


Abb 10: Prozentualer Anteil unterernährter Menschen

Die Zahl der von Hunger betroffenen Menschen ist auf über 1 Milliarde gestiegen. Besonders betroffen sind Afrika und Südasien.

1_Ausgleich zwischen Nord und Süd

Der Grüne New Deal muss ein globaler Deal sein, der die Interessen und Bedürfnisse der Entwicklungs- und Schwellenländer berücksichtigt. Er muss ihnen eine Möglichkeit bieten, sich am Klimaschutz zu beteiligen und gleichzeitig in der wirtschaftlichen Entwicklung weiter aufzuholen. Er muss ihr Interesse an einem stabilen Finanz- und Währungssystem aufnehmen. Und er muss nicht zuletzt zum Ziel haben, die Lebensbedingungen von Milliarden Menschen zu verbessern, die von Armut und Hunger betroffen sind.

> Fairer Welthandel

In der Handelspolitik darf nicht mehr mit zweierlei Maß gemessen werden. Entwicklungsländer müssen sich gegen Agrarimporte der Industrieländer zu Dumpingpreisen schützen dürfen. Die EU-Agrarsubventionen müssen an sozial-ökologische Standards gebunden werden und dürfen die europäischen Agrarexporte nicht mehr subventionieren. Eine gerechte Welthandelsordnung ist zentraler Baustein des Grünen New Deal. In der Agenda der Welthandelsorganisation (WTO) darf nicht länger die Handelsliberalisierung einseitig im Zentrum stehen. Wir wollen vielmehr anerkannte Umwelt-, Sozial- und Arbeitsstandards verankern, statt diese durch die WTO in Frage zu stellen. Gerade angesichts der Finanzkrise dürfen die Finanzmärkte nicht im Rahmen des WTO-Dienstleistungsabkommens GATS dereguliert werden.

Entwicklungsländern dürfen keine Freihandelsabkommen aufgedrängt werden, die die nachhaltige Entwicklung von aufkommenden Industrien und der Landwirtschaft von Entwicklungsländern unterminieren.

> Kyoto plus Gerechtigkeit

Die Klimazerstörung lässt sich nur aufhalten, wenn die Industrieländer ihre Verantwortung wahrnehmen. Die Folgen des Klimawandels treffen schon heute die Entwicklungsländer, die am wenigsten dazu beigetragen haben, am härtesten. Allein in Afrika werden bis 2020 voraussichtlich 250 Millionen Menschen unter Wassermangel leiden. Wir setzen uns für ein »Kyoto-Plus«-Abkommen ein. Dieses völkerrechtlich verbindliche, weltweite Klimaabkommen soll die globalen Treibhausgasemissionen bis 2050 halbieren. Dazu müssen die Industrieländer vorangehen und ihre Emissionen um mindestens 80 Prozent verringern. Damit aber Entwicklungsländer eine faire Chance auf nachhaltiges Wachstum haben, müssen Klimapolitik und das Recht auf Entwicklung mit den konkreten Einsparzielen in Einklang gebracht werden.

Die Schwellen- und Entwicklungsländer haben Anspruch auf Unterstützung der Industrieländer. Diese müssen sich verpflichten, 100 Mrd. Euro jährlich aufzubringen, um die Entwicklungs- und Schwellenländer bei ihren Anstrengungen zum Klimaschutz zu unterstützen. Dieser Verpflichtung müssen die Industrieländer als größter Verursacher nachkommen.

Der Wissens- und Technologietransfer bei Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz in die Entwicklungs- und Schwellenländer ist entscheidend und muss stärker gefördert werden. Auch die ärmsten Länder müssen zu diesen Technolo-

gien Zugang haben. Die Investitionen der Weltbank und von Einzelstaaten dürfen nicht länger in die Förderung fossiler Energieformen gesteckt werden, sondern müssen in die Erneuerbaren Energien fließen.

> Millenniumsziele/Entwicklungsfinanzierung

Die Millenniumsziele der Vereinten Nationen, die bis 2015 wichtige Verbesserungen bei der Bekämpfung der globalen Armut vorsahen, drohen zu scheitern. Daran tragen die Industrieländer maßgebliche Mitverantwortung, weil sie sich bis heute weigern, ausreichende Finanzmittel bereitzustellen. Nun droht durch Finanz- und Wirtschaftskrise die Entwicklungsfinanzierung in der Prioritätenliste der Industriestaaten noch weiter nach hinten zu rücken.

Der Grüne New Deal sieht hingegen vor, dass die OECD-Länder endlich bis 2015 – wie bereits 1970 vereinbart – 0,7% ihres Bruttonationalproduktes für die Entwicklungszusammenarbeit einsetzen und besonders die Partnerschaft mit Afrika intensivieren. Zudem sollen innovative Finanzierungsinstrumente wie die Finanzumsatzsteuer und eine Flugticketabgabe eingeführt werden. Nur so kann ein völliges Scheitern der Millenniums-Entwicklungsziele abgewendet werden.

2_Gerechte Verteilung von Chancen und Einkommen in Deutschland

Auch in Deutschland hat sich die Spaltung zwischen Arm und Reich massiv verschärft. Und auch hier können wir mit dem Grünen New Deal diese Scheure wieder schließen. Die massive Ungleichverteilung von Vermögen und Einkommen und die Erosion der Reallohne hat die Binnennachfrage massiv geschwächt. Hier müssen wir zum Beispiel mit Mindestlöhnen Impulse setzen, um neue wirtschaftliche Dynamik zu entfachen. Zudem liegen gerade in den sozialen Bereichen – bei Bildung, Pflege und Gesundheit und sozialen Diensten – große Potentiale für neue Arbeitsplätze. Gelingen kann ein nachhaltiger Jobboom aber nur, wenn wir zum Beispiel mit der Bürgerversicherung zu einer nachhaltigen Finanzierung von Kranken- und Pflegeversicherung gelangen, wenn wir die Attraktivität von Gesundheits- und Pflegeberufen steigern und wenn wir Prävention zur dritten Säule des Gesundheitswesens ausbauen.

Der Grüne New Deal muss solidarisch finanziert werden. Investitionen in Bildung, Klima und Gerechtigkeit, grüne Industriepolitik und stärkere Hilfen für die global Armen sind nicht zum Nulltarif zu haben. Deshalb wollen wir Vermögen

und Kapitaleinkommen zur Finanzierung des Green New Deal stärker heranziehen, denn starke Schultern können mehr tragen. Gleichzeitig wollen wir ökologische Steuern erhöhen und umweltschädliche Subventionen abbauen. Wir wollen den »Soli« zum Teil in einen Bildungssoli umwandeln, denn für ein gerechtes Bildungssystem brauchen wir eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung. Außerdem muss die Erbschaftsteuer so reformiert werden, dass dadurch zusätzlicher finanzieller Spielraum für höhere Bildungsausgaben entsteht.

> Kleine Einkommen und Binnennachfrage stärken

Wir wollen die gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands und die Chance jedes Einzelnen auf Teilhabe. Darum ist es notwendig, beim Arbeitslosengeld II die Regelsätze für alle Erwachsenen sofort auf zunächst 420 Euro anzuheben. Handlungsbedarf gibt es aber auch bei den Regelsätzen für Kinder und Jugendliche: Diese wollen wir auf eine neue Berechnungsgrundlage stellen, die den tatsächlichen Bedarf berücksichtigt. Nach seriösen Berechnungen müssen die Regelsätze je nach Altersgruppe derzeit zwischen 280 Euro für kleine und 360 Euro für ältere Kinder liegen. Mit einem flächendeckenden Mindestlohn von mindestens 7,50 Euro wollen wir sicherstellen, dass Menschen von ihrer Arbeit leben können und der Wettbewerb in Deutschland nicht länger durch Lohndumping entschieden wird. Um die weitere Verbreitung von

Niedriglöhnen zu stoppen und wieder faire Löhne zu sichern, wollen wir zudem eine Mindestlohn-Kommission nach britischem Vorbild einrichten. Mit dem Grünen Progressiv-Modell entlasten wir spürbar und gezielt kleine Einkommen bis 2.000 Euro bei den Sozialversicherungsbeiträgen. Mit diesen Maßnahmen schaffen wir mehr Gerechtigkeit und erhöhen die Kaufkraft von Haushalten mit geringem Einkommen. Damit wird gleichzeitig die Binnennachfrage in Deutschland gestärkt.

> Investitionen in Gerechtigkeit

Wer echte Teilhabe ermöglichen will, der muss in bessere Schulen, eine qualitativ hochwertige flächendeckende Kinderbetreuung, öffentlich geförderte Beschäftigung, moderne Krankenhäuser und individuelle Wohn- und Pflegeangebote investieren. Wir GRÜNE wollen die Qualität öffentlicher Institutionen verbessern und dafür jährlich 20-30 Mrd. € zusätzlich in die Hand nehmen.

Investitionen in öffentliche Institution, das zeigen die skandinavischen Länder, sind nicht nur ein Beitrag in echte Teilhabe, sie schaffen auch neue und zukunftsträchtige Arbeit in den Bereichen, von denen die Gesellschaft am meisten profitiert. Denn eine quantitativ und qualitativ hochwertige Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur oder patientenorientierte Pflege erfordert vor allem Investitionen in die Köpfe. Allein für den erforderlichen Ausbau der Infrastruktur für unter Dreijährige brauchen wir bis 2013 100.000 zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher. Aber auch in anderen Berufen, wie zum Beispiel in der Pflege und in Gesundheitsberufen, zeichnet sich ein erheblicher Fachkräftemangel ab. Um diese Engpässe mit qualifiziertem Personal zu beseitigen, müssen wir die Attraktivität und gesellschaftliche Anerkennung dieser Berufe steigern und auch die Finanzierung der Ausbildung verbessern.

3_Den Grünen New Deal gerecht finanzieren

Der Grüne New Deal ist nicht zum Nulltarif zu haben. Investitionen in Klimaschutz, Bildung und Gerechtigkeit, ein neuer sozialer Ausgleich, eine ökologische Industriepolitik – das alles kostet Geld. Der Grüne New Deal erfordert eine Steigerung der öffentlichen Investitionen um 30 bis 40 Mrd. € pro Jahr.

Gleichzeitig sind die öffentlichen Haushalte in einer dramatischen Verfassung – in Bund, Ländern und Kommunen. Strukturelle Probleme verbinden sich mit den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise, die allesamt erst in den nächsten Jahren voll auf die öffentlichen Finanzen durchschlagen werden. Auch ohne Steuerreform wird der Bund nach der aktuellen Finanzplanung bis 2013 über 300 Milliarden Euro neue Schulden machen müssen. Die Situation der Länder und Kommunen ist ebenso dramatisch. Hier droht die Politik, jede Handlungsfähigkeit zu verlieren. Angesichts dieser Situation wäre es unverantwortlich, den Grünen New Deal komplett über neue Schulden zu finanzieren. Deshalb muss der Grüne New Deal auch über solidarische Steuererhöhungen finanziert werden.

> Lasten fair verteilen – Vermögen und Kapitaleinkommen solidarisch besteuern

Die Vervielfachung des kurzfristig und spekulativ angelegten Finanzkapitals hat auch damit zu tun, dass die Konzentration von Vermögen in den letzten Jahren immer weiter zugenommen hat und die Kapitaleinkommen zu Lasten der Lohneinkommen gewachsen sind. Es ist skandalös, dass Kapitaleinkommen auch noch geringer besteuert werden als Lohneinkommen. Eben dies ist jedoch durch die Abgeltungssteuer der Fall. Grüne Politik will dagegen Kapitaleinkommen genauso zur Finanzierung des Gemeinwesens heranziehen wie Lohneinkommen und gleichermaßen der progressiv gestalteten Einkommensteuer unterwerfen. Ein effektives Vorgehen gegen Steueroasen ist dafür die Voraussetzung.

Zudem setzt Grüne Politik dem Trend zur Vermögenskonzentration eine konsequentere Besteuerung von Vermögen entgegen. Wir wollen dafür Erbschaften deutlich erhöht besteuern, damit Reiche und Vermögende zukünftig stärker zur Finanzierung unseres Gemeinwesens beitragen.

Reiche und Vermögende sollen mittels Vermögensbesteuerung stärker zur Finanzierung unseres Gemeinwesens beitragen. Heute besitzen fünf Prozent der Bevölkerung 47% des Vermögens. Wir halten es für richtig, zur Bewältigung dieser historischen Krise starke Schultern auch stärker in die Verantwortung zu nehmen. Deshalb schlagen wir GRÜNE vor, eine zeitlich befristete, einmalige Vermögensabgabe nach Artikel 106 des Grundgesetzes einzuführen, mit der zweckgebunden die Kosten (wahrscheinlich über 100 Mrd. €) zur Bewältigung der Krise getilgt werden sollen.

> Die Verursacher zahlen!

Den Grünen New Deal sollten vor allem die Verursacher der Krisen über den Emissionshandel und durch Ökosteuern finanzieren. Damit können Klimaschutzprogramme und Finanzierungshilfen für die Entwicklungsländer auf den Weg gebracht werden. Mit einer Finanzumsatzsteuer wollen wir die Finanzwirtschaft stärker an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen. Die ökologische Steuerreform wollen wir weiterentwickeln.

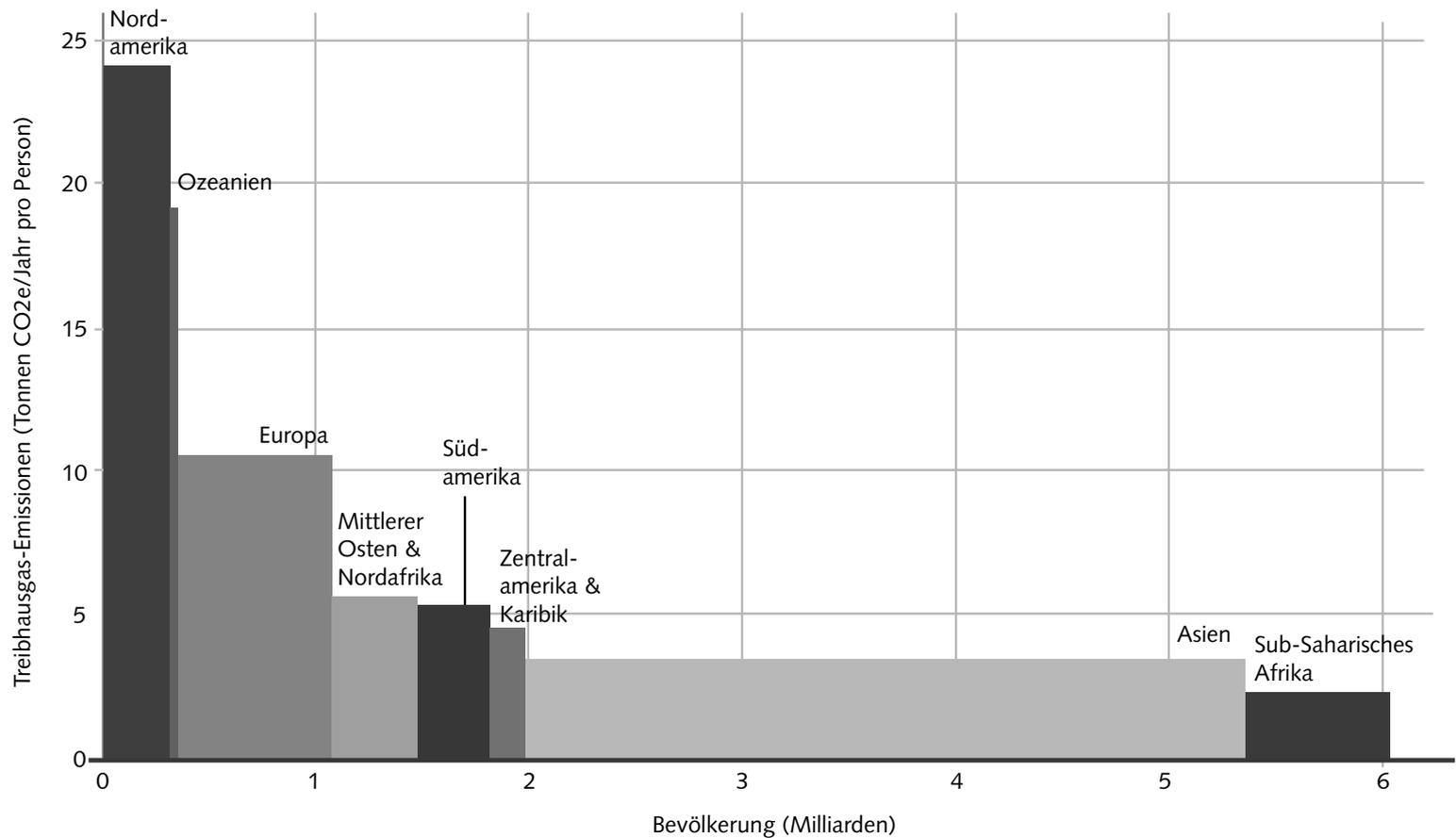
> Steueroasen austrocknen

Ein sozial gerechtes Steuersystem, das Vermögen- und Kapitaleinkommen gerecht an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligt, ist nur möglich, wenn wir den Kampf gegen Steuerhinterziehung, Steuerflucht und Steueroasen härter führen. Es geht darum, die Möglichkeiten zu schaffen, Kapitaleinkommen effektiv und progressiv besteuern zu können

Notwendig dafür ist ein Aktionsplan der EU. Viele Steueroasen liegen in der Europäischen Union oder in direkter Nachbarschaft bzw. sind abhängig von den europäischen Mitgliedstaaten. Gemeinsam mit der OECD muss auch mit Sanktionen und rechtsverbindlichen Verpflichtungen Druck auf die Steueroasen und ihre Nutznießer ausgeübt werden. Sollten sich die EU bzw. die OECD nicht über ein gemeinsames Vorgehen verständigen können, muss Deutschland mit einzelnen Partnerländern gegen Steueroasen vorgehen.

Abb. 11: Treibhausgas-Emissionen im Jahr 2000 in Relation zur Bevölkerungszahl von acht Regionen der Welt

Im Jahr 2000 verursachten die Europäer doppelt so viel Treibhausgase wie der Durchschnittswert der gesamten Weltbevölkerung, Nordamerikas Ausstoß war sogar vier Mal so hoch.



Der Grüne New Deal für NRW

Wirtschaftliche Zukunft für das industrielle Herz Deutschlands

Nordrhein-Westfalen ist ein traditionsreiches Industrieland, historisch geprägt von Kohle, von Stahl- und Stromerzeugung, mit herausragenden Stärken unter anderem im Anlagenbau und in der Chemie. In einem Ranking der 27 EU-Staaten würde Nordrhein-Westfalen, gemessen an der Wirtschaftsleistung, Platz 7 einnehmen, weltweit Platz 25. NRW symbolisiert damit sowohl die gewaltigen Herausforderungen wie auch die großen Chancen, die der Grüne New Deal bietet. Um diese Chancen zu nutzen und den ökologischen Umbau des Landes zu schaffen, muss das industrielle Herz Deutschlands grün werden.

Der Grüne New Deal

Finanzmärkte

Wirtschaft

Sozialer Ausgleich

Der Grüne New Deal in NRW

1_ Grüne Industriepolitik für NRW

2_ Grüne Energiepolitik für NRW

3_ Gute Bildung für Alle

4_ Gesundheit & Pflege

Mit einer grünen Wirtschafts- und Industriepolitik wollen wir NRW zur Geburtsstätte der notwendigen dritten industriellen Revolution machen. So kann NRW zum Zentrum der Bewältigung der Klima- und Umweltschutzprobleme werden. Durch eine Energiepolitik der drei Es – Erneuerbare Energien, Energieeinsparungen, Energieeffizienz – sorgen wir dafür, dass NRW die „Energiekammer“ Deutschlands bleibt. Mit Investitionen in Bildung, Gesundheit und Pflege wollen wir zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, neue Chancen geben und soziale Barrieren aufsprengen.

Mit dem Grünen New Deal können in NRW 200.000 zusätzliche Arbeitsplätze entstehen. 30.000 neue Jobs durch Erneuerbare Energien und Ressourceneffizienz, 100.000 neue Jobs bei

der Gebäudesanierung, 30.000 neue Jobs durch Investitionen in Bildung und Betreuung, 30.000 neue Jobs durch Investitionen in ein sozial gerechtes Gesundheitssystem und 10.000 neue Jobs im sozialen Arbeitsmarkt.

Um diese Jobs zu schaffen, bedarf es entschiedener politischer Anstrengungen. Wir wollen durch ein Umweltwirtschaftsprogramm, durch ökologische und soziale Kriterien bei der öffentlichen Beschaffung und der Vergabe von Fördermitteln den ökologischen Umbau in NRW vorantreiben. Mit dem Ausstieg aus Atom und Kohle machen wir den Weg frei für einen Boom der Erneuerbaren Energien. Und wir wollen Investitionen in Klimaschutz, in Bildung, in Pflege und Gesundheit ausbauen - Investitionen, die allesamt eine echte Zukunftsrendite bringen.

NRW: Wirtschaftliche Unsicherheit durch Abhängigkeit von fossilen Energiequellen

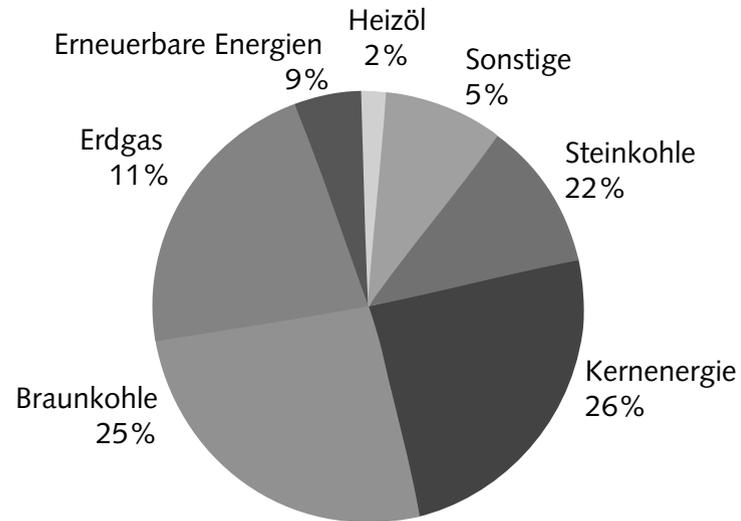
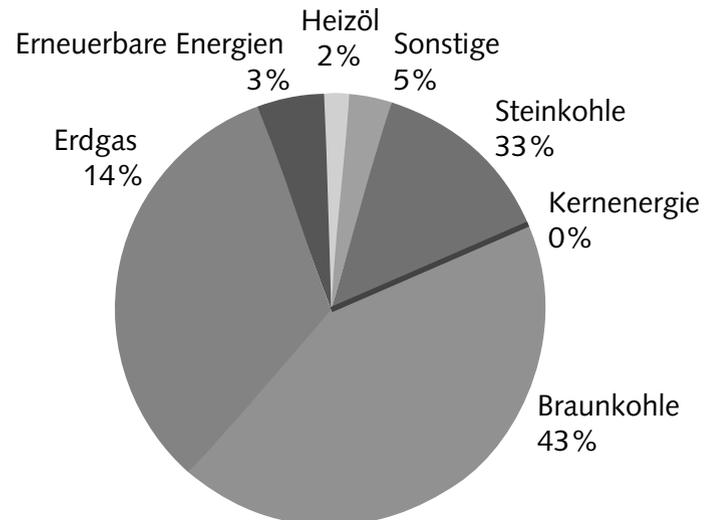


Abb. 12: Struktur der Bruttostromerzeugung in Deutschland (oben) und NRW (unten)

Die Grafik zeigt, wie veraltet die Stromerzeugung in NRW im Vergleich zum Rest der Bundesrepublik und wie notwendig ein Grüner New Deal für NRW ist. Braun- und Steinkohle machen einen weit überdurchschnittlichen Anteil der Stromerzeugung aus, der Ausbau der zukunftsfähigen Erneuerbaren Energien hinkt in NRW hinter dem Rest der Republik hinterher.



1_Grüne Industriepolitik für NRW: die Grüne industrielle Revolution umsetzen

NRW kann mit seinen industriellen Stärken ein Kompetenzzentrum für die Bewältigung der Klima- und Umweltschutzprobleme sein. Diese Chance muss genutzt werden. Mit dem Grünen New Deal wollen wir NRW zum Paradebeispiel für die notwendige Grüne Industrielle Revolution machen. Für uns steht fest: Umweltfreundliche Technologie ist der Markt der Zukunft. Wir wollen NRW zu einer Marke für Energie-, Ressourcen- und Materialeffizienz machen. Mit diesem Profil werden sich unsere Unternehmen Wettbewerbsvorteile auch auf internationalen Märkten sichern und so zukunftsorientierte Arbeitsplätze anbieten können. Das geschieht aber nicht im Alleingang, sondern nur durch eine konsequente Ausrichtung aller politischen Maßnahmen auf die Durchsetzung eines ökologischen Umbaus.

> Umweltwirtschaftsprogramm für NRW

NRW ist bereits heute ein Hightech-Land des Umweltschutzes. Diese Erfolgsgeschichte spiegelt sich darin wider, dass nach Umsatz und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in NRW der Umweltschutzbereich ganz vorne rangiert. Über 260.000 Menschen sind schon heute im Bereich des Umweltschutzes beschäftigt, 3.500 Unternehmen sind in diesen Branchen aktiv.

Um diese bereits gute Position zu erhalten, ist es notwendig ein ehrgeiziges „Umweltwirtschaftsprogramm NRW“ zu entwickeln, mit dementsprechenden Gesetzen, Förderprogrammen und Beratungen. Fünf Leitmärkte sollen dafür in NRW entwickeln werden: Energieeffizienz/Erneuerbare Energien, Rohstoff- und Materialeffizienz, nachhaltige Wasserwirtschaft, Kreislauf-/Entsorgungswirtschaft und Neue Mobilität.

Folgeschäden der industriellen Produktion müssen von Anfang an vermieden werden. Das ist für uns die Basis einer innovationsorientierten Umweltpolitik. Eine moderne Umweltpolitik muss das Ziel sein, in der schadstoffarme Produkte und Produktionsverfahren und anspruchsvolle Umwelt-

technologien angeboten werden. Ambitionierte Umweltstandards sollen ausgearbeitet und innovative Produkte und Produktverfahren gefördert werden. Vorhandene Ressourcen und Energien müssen so effizient wie möglich genutzt werden.

> Grüne Beschaffung

Rohstoff- und Energiekosten machen heute knapp 40% der Kosten in der Industrie aus. Ein weiterer Anstieg ist zu erwarten. Grüne Beschaffung ist deshalb enorm wichtig, besonders für viele Industrieunternehmen. Für viele Unternehmen ist Grüne Beschaffung bereits heute ein wichtiges Thema. Als größte Einkäufer in Deutschland sind vor allem Bund, Länder und Gemeinden gefordert, eine Vorbildrolle einzunehmen, für sich selbst Sparpotenziale zu nutzen und die Nachfrage hin zu einer ökologischen und sozialen Nachfrage zu gestalten. Ziel der Beschaffung des gesamten Bedarfs der Städte, Gemeinden und Landesverwaltungen muss die ökologische und soziale Nachhaltigkeit sein. Diese müssen ihre enorme Marktmacht erkennen und dafür verwenden, Standards zu schaffen und als Vorbild für Unternehmen und Haushalte zu agieren.

> EU-Fördermittel in die sozial-ökologische Wirtschaft

Eine der Hauptfinanzierungsquellen für die Wirtschaftsförderung in NRW sind die Förderprogramme der EU. Die Verwendung dieser Mittel muss einem sozial-ökologischen Check unterzogen werden, damit sie konsequent für den sozial ökologischen Umbau der NRW-Wirtschaft verwendet werden. Wir sind davon überzeugt, dass eine verstärkte Vergabe der EU-Fördermittel auf der Grundlage von Wettbewerben sinnvoll und richtig ist, wenn der Rahmen sozial und ökologisch gesetzt ist. Wettbewerbe schaffen eine Anreizfunktion und führen dazu, dass die Qualität der geförderten Projekte in der Breite zunimmt.

Ein weiteres Ziel der Mittelvergabe soll es sein, vor allem kleine und mittlere Unternehmen zu unterstützen. Diese Unternehmen sind oft mit dem Bewerbungsverfahren überfordert und befürchten, durch die Beantragung von Fördermitteln ihr spezielles Know-how an Konkurrenten zu verlieren.

2_ Grüne Energiepolitik für NRW: effizient und erneuerbar in die Zukunft

Eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit ist der Klimaschutz. Gerade die Bereiche Energie- und Stromerzeugung sind es, deren ökologischer Umbau in vollem Gange ist. Und gerade hier liegt eine traditionelle Kernkompetenz der Industrie in NRW.

Äußerst wichtige Themen bzw. Potenziale wie die Reduzierung der Treibhausgase, Innovationen durch zukunftstaugliche Technologien und die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Industrie betreffen besonders den Energiesektor stark. NRW riskiert im Bereich der konventionellen

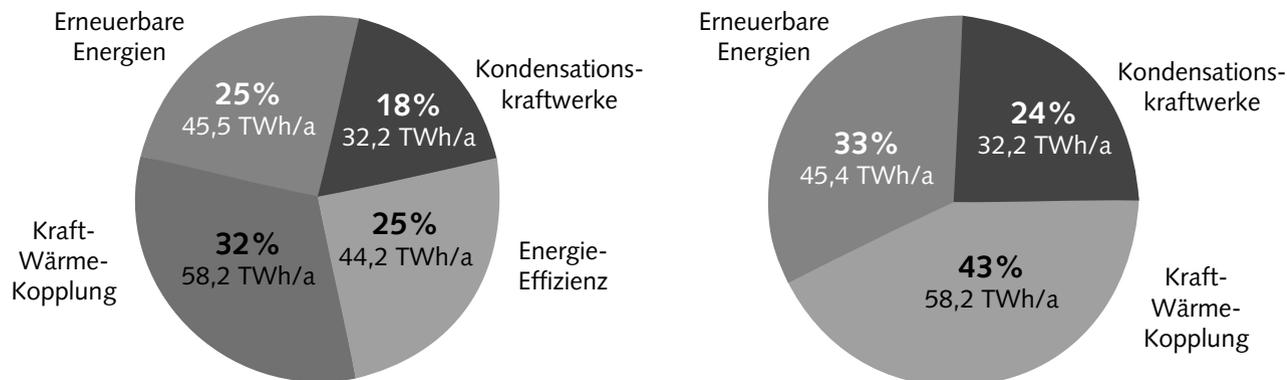
Stromerzeugung viele Jobs zu verlieren, wenn es weiterhin nur die Dinosaurier der Branche bevorzugt und den Weg für erneuerbare Energien damit versperrt. Das Potential für die Schaffung neuer Jobs im Bereich der erneuerbaren Energien muss genutzt werden. Die Märkte der Zukunft sind nicht mehr an einen Standort gebunden. NRW läuft Gefahr deindustrialisiert zu werden, wenn politische Ignoranz weiter dominiert.

Klimaforscher weltweit betrachten es als eine Notwendigkeit, dass die Industriestaaten bis 2050 ihre CO₂-Emissionen

von bis zu 90 oder sogar 95% gegenüber dem Stand von 1990 reduzieren müssen. Für die drei großen Bereiche Strom, Gebäude und Verkehr müssen daher bis 2050 weitestgehend emissionsfreie Alternativen gefunden werden. Für den PKW-Bereich ist die Elektromobilität die Schlüsseltechnologie. Im Strombereich muss vollständig auf alternative Energien umgestiegen werden und das Passivhaus wird Standard für neue Gebäude, wie auch für sanierte Altbauten werden müssen. Dies sind wirklich revolutionärere Veränderungsprozesse, aber sie sind überlebensnotwendig.

Abb. 13: Struktur der Bruttostromerzeugung in NRW in 2020 im „Klimaschutzszenario NRW - 40%“

Die Abbildung zeigt, wie die Stromversorgung 2020 aussehen muss, wenn die klimaschädlichen Emissionen um 40% gesenkt werden sollen. Sie verdeutlicht damit gerade im Vergleich zur Abbildung auf Seite 37 den massiven Umbau der Stromerzeugung in NRW, die mit dem Grünen New Deal vorangetrieben wird. Zukünftig ist bei der Stromerzeugung nur noch wenig Raum für klassische Kondensationskraftwerke (Erdgas, Kohle, Atomkraft), der Großteil der Stromerzeugung kommt von den Erneuerbaren Energien und aus der Kraft-Wärme-Koppelung. Ein Vergleich der Grafiken links und rechts verdeutlicht zudem die zentrale Bedeutung von Energieeffizienzsteigerung. Diese machen 2020 25% der „Stromproduktion“ aus.



> Keine neuen Kohlekraftwerke

Betrachtet man die neuen Bauprojekte und den Weiterbetrieb von Bestandsanlagen wird die Leistung des fossilen Kraftwerksparks von heute 28 Gigawatt auf 32 im Jahr 2020 steigen. Im selben Zeitraum sollen aber die klimaschädlichen Emissionen um 40 Prozent verringert werden. Wenn NRW weitermacht wie bisher, wird das Gegenteil der Fall sein. Wir sind deshalb ganz entschieden gegen den Neubau von Kohlekraftwerken, sei es in NRW oder anderswo. Stattdessen sollen die Kraft-Wärme gekoppelte Stromerzeugung und Erneuerbare Energien gefördert werden. Der Neubau von Kohlekraftwerken ist kontraproduktiv und wird die Stromleitungen mit konventionellem Strom verstopfen und damit die Erneuerbaren behindern.

> Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung

Vor allem in den Bereich der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) – die gleichzeitige Erzeugung von Strom und Wärme – muss stark investiert werden. Die KWK erreicht Wirkungsgrade von 90 Prozent und mehr. Die geplanten Kohle-Kondensationskraftwerke hingegen erreichen nur 40 Prozent. Um die Klimaschutzziele zu erreichen, muss die KWK ausgebaut werden. Bis 2020 soll in ganz Deutschland laut Bundesregierung 25 Prozent des Stroms aus der KWK kommen; in NRW sind es derzeit nur 10 Prozent. Aufgrund der Bevölkerungs- und Industriedichte gibt es hier aber sehr gute Voraussetzungen, um den KWK-Anteil am Strom zu erhöhen. Gute Beispiele sind Dänemark und die Niederlande mit einem KWK-Anteil über 50 Prozent. Leuchtendes Beispiel aus NRW ist die Stadt Lemgo. Dort beträgt die KWK-Quote 73 Prozent – bei wettbewerbsfähigen Preisen für Strom und Wärme.

> Sonne, Wind und Wasser machen die Energie der Zukunft

Erneuerbare Energien sollen bis zum Jahr 2020 stark ausgebaut werden. Der Anteil der Energieträger der Zukunft – basierend auf Sonne, Wind und Wasser – soll auf mindestens 22 Prozent steigen. Uns ist die unterschiedliche Entwicklung in den verschiedenen Erneuerbaren Energien durchaus bewusst. In NRW kann der Anteil der Windenergie an den Erneuerbaren alleine 15 Prozent ausmachen, was einer Verfünffachung der heutigen Produktion entspräche. Dieses Ziel ist nur erreichbar, wenn die Höhenbeschränkungen für Windkraftanlagen abgeschafft werden. Die Kommunen sollen die Entscheidungsgewalt über Windkraft-Konzentrationsflächen behalten, Tabuzonen oder sonstige kontraproduktive Restriktionen der Landesregierung müssen aber abgeschafft werden. Die Kommunen würden dadurch zusätzlich Steuern einnehmen. Wird zukünftig mehr in Erneuerbare Energien investiert, entstehen Arbeitsplätze vor allem durch den Bau der verschiedenen Energieversorgungsanlagen. Aber nicht nur in diesem Bereich, in dem NRWs Stärke liegt, werden Arbeitsplätze geschaffen. Auch das ausführende Handwerk und innovative Dienstleister werden stark vom Ausbau der Erneuerbaren Energien profitieren.

> Gebäude dämmen, nicht die Umgebung heizen

Für das Heizen unserer Wohnungen und Häuser wird immer noch unnötig Energie verschwendet: Bessere Wärmedämmung würde bei ungefähr 85 Prozent der 8,3 Millionen Wohnungen in NRW zu einer Effizienzsteigerung führen. Mit einer besseren Wärmedämmung und wenigen baulichen Veränderungen kann hier viel Ener-

gie gespart werden. Derzeit werden weniger als 1 Prozent der Häuser und Wohnungen pro Jahr saniert. Werden hier keine Veränderungen vorgenommen, wird es über 100 Jahre dauern um den gesamten Wohnungsbestand durchzusaniern. Deshalb muss die jährliche Sanierungsquote verdreifacht werden. 200.000 Wohnungen sollen jedes Jahr Unterstützung für eine Sanierung erhalten. Diese Maßnahmen werden zudem belebende Effekte auf das Bauhandwerk haben. Bedenkt man die rückläufige Neubautätigkeit, so kann die Sanierung der Gebäude als ein gut angelegtes Konjunkturprogramm angesehen werden. Auch hinsichtlich des Ausbaus von Nahwärmenetzen müssen Maßnahmen getroffen werden, um den Wärmebedarfs zu reduzieren. Nicht weniger wichtig ist die Verabschiedung eines Erneuerbaren-Wärme-Gesetzes (EWärmeG). Als Vorbild dient Baden-Württemberg. Im Bereich der Neubauten soll der Passivhausstandard verbindlich werden.

3_Gute Bildung für Alle

Eine Hypothek auf die Zukunft und ein harter Angriff auf die Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft ist der katastrophale Zustand unseres Bildungssystems. Jahr für Jahr werden die Chancen und die Zukunft von tausenden Kindern und Jugendlichen verspielt. Mit dem Grünen New Deal wollen wir deshalb massiv in bessere Bildung investieren. Wir brauchen bessere Kitas mit hoch qualifiziertem Personal. Wir wollen leistungsstarke Schulen, die Kinder nicht beschämen und zurücklassen, sondern die eine neue Lernkultur leben. Die soziale Selektion wollen wir Grüne endlich beenden – durch Ganztagschulen und längeres gemeinsames Lernen. Und wir wollen die Studiengebühren abschaffen, denn wir brauchen mehr, nicht weniger junge Leute, die studieren. Studieren darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

> Bedarfsgerecht von Anfang an

In frühkindliche Bildung muss investiert werden. Es ist das Recht unserer Kinder die bestmögliche Förderung zu erhalten. Studien belegen: Je länger Kinder in einer Kindertagesstätte sind, desto besser sind die späteren Bildungsabschlüsse. Ein weiterer positiver Aspekt der Kitas ist die Ausgleichsfunktion im Hinblick auf schwierige familiäre Verhältnisse. Sind Kitas gut ausgestattet können sie problematische und das Kind belastende Situationen innerhalb der Familie effektiv mindern. Ebenso können sie gegebenenfalls die Erziehungskompetenz der Eltern stärken. Unser Anliegen ist also die Kinder möglichst früh qualifiziert und individuell zu fördern. Das verstehen wir unter einem gerechten Bildungssystem. Alle Kinder sollen einen Kitaplatz nutzen können. Die Kommunen werden hierbei klare Unterstützung unsererseits erhalten,

um möglichst früh den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab einem Jahr erfüllen zu können. Das Land muss alle landesrechtlichen Beschränkungen (U3-Kontingente) aufheben. Die kommunalen Ausbaupläne müssen eins zu eins mitfinanziert werden. Dafür ist auch entsprechendes Personal notwendig. Unser Ziel ist eine bessere Personalausstattung mit höher qualifiziertem Personal. Ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung ist für uns Grüne die Finanzierung zusätzlicher Ergänzungskräfte für Kinder unter drei Jahren. Die Gesamtbetriebskosten betragen mehr als 3,5 Mrd. Euro im Jahr 2014. Der Bund trägt hierzu 150 Mio. bei. Das ist uns eindeutig zu wenig. Der Bund muss sich hier starker beteiligen und das Geld wirklich in den Kitas ankommen.

> Ganztags für Alle: Gutes Lernen braucht Zeit

Die Bildungsausgaben müssen auf ein international vergleichbares Niveau ansteigen. Investitionen in die Bildung sind Investitionen in die Zukunft. Wir Grünen werden alles daran setzen, um dies in den kommenden Jahren zu erreichen. Der Soli Ost soll in einen Bildungssoli umgewandelt werden. Auch jegliche Kürzungen beim Personal sind für uns Grüne undiskutabel. Es muss früh investiert werden, um spätere teure Änderungen zu vermeiden. Die Ausgangslage für die pädagogische Arbeit ist bei den einzelnen Schulen sehr unterschiedlich. Die auf der Grundlage eines Sozialindex vergebenen Stellen müssen vervierfacht werden. Um eine qualitative Entwicklung in der Schullandschaft zu gewährleisten, müssen Beratungs- und Unterstützungssysteme unbedingt auf- und ausgebaut werden. Neben den regulären Lehrstellen sollen Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen die Regel werden. Des Weiteren soll in einem ersten Schritt die Zahl der Schulpsychologinnen und Schulpsychologen in Zusammenarbeit mit den Kommunen verdoppelt werden.

> Mehr Studienplätze und besser ausgestattete Hochschulen

Im Zusammenhang mit den Hochschulen ist ein umfassendes Investitions- und Maßnahmenprogramm, um mehr Studienplätze in NRW zu schaffen, dringend von Nöten. Einerseits wollen wir die sachlichen, baulichen und personellen Voraussetzungen für zusätzliche qualitativ hochwertige Studienplätze schaffen – sowohl für das Bachelor- als auch das Masterstudium. Andererseits müssen dringend organisatorische Verbesserungen vorgenommen werden wie zum Beispiel im Bereich der Zulassungsverfahren, die transparenter und bundeseinheitlich gestaltet werden müssen, um das vorherrschende Chaos zu beseitigen und für Chancengleichheit bei der Studienplatzvergabe zu sorgen. Des Weiteren wollen wir für qualifizierte Menschen ohne Abitur die Zugangsmöglichkeiten weiter erleichtern.

> Für verantwortliche Forschung und zukunftsfähige Innovationen

Im Rahmen verantwortlicher Forschung und zukünftiger Innovationen wollen wir durch den Aufbau einer virtuellen Ressourcenuniversität die Forschung zu Energie- und Ressourceneffizienz, Kraft-Wärme-Kopplung, Biodiversität und Ökologie, sowie Klima- und Nachhaltigkeitsforschung aktiv unterstützen. Im Automobilbereich befürworten wir nachhaltige Forschung und Entwicklung bei energiesparenden Motoren sowie bei Hybrid- und Elektroautos. NRW soll einen international anerkannten Forschungsschwerpunkt für „grüne Wissenschaften“ etablieren und eine „grüne Universität“ einrichten, in der grüne Wissenschaftskompetenzen gebündelt werden. Um dieses Ziel zu erreichen und um „grüne“ Fachkräfte zu gewinnen, ist ein wichtiger Schritt, die Ausbildungsgänge der grünen Ökonomie zu bündeln und führende Köpfe grüner Forschung anzuwerben.

4_Gesundheit & Pflege: Soziale Arbeitsplätze

Neben dem in NRW so wichtigen Industriesektor müssen auch soziale Dienstleistungen ausgebaut werden. Der Grüne New Deal soll die Transformation hin zu einer Ökonomie sozialer Dienste beschleunigen. Der Gesundheits- und Pflegebereich darf nicht nur als ein immer höhere Kosten verursachendes Problemfeld gesehen werden, sondern als ein wirtschaftliches und soziales Innovationsthema. Dazu braucht dieser Bereich höhere Investitionen. Der Gesundheits- und Pflegebereich verspricht sehr hohe Wachstumsraten. Nicht zuletzt ist es unabdingbar darauf zu verweisen, dass der Zugang zu guten Gesundheitsdienstleistungen und guter Pflege ein Recht für Alle ist. Vor allem in Anbetracht der demographischen Entwicklung, der steigenden Lebenserwartung und des medizinischen Fortschritt muss die steigende Nachfrage als Chance genutzt werden.

> Haushaltsnahe Dienstleistungen in der Pflege ausbauen

In den kommenden Jahren wird die Nachfrage nach haushalts- und personenbezogenen Dienstleistungen stark zunehmen. Es gibt immer mehr ältere Menschen, die auf Hilfe und Pflege angewiesen sind, vor allem Frauen. Das stellt bereits heute ein großes Problem dar. Schwarzarbeit ist hier das Schlagwort. Wir Grüne treten dafür ein, dass sich dieser Bereich unter menschenwürdigen Bedingungen zu einem regulären Arbeitsmarkt entwickelt. Um dies zu gewährleisten sind bundes-, landes- und kommunalpolitische Initiativen notwendig. Die Rahmenbedingungen für ein bedarfsgerechtes, leicht zugängliches und bezahlbares Angebot müssen geschaffen werden. Anreize kann man sich hierbei einerseits bei interessanten Projekten des Dienstleistungspools oder bei den österreichischen Dienstleistungsschecks holen. Nicht weniger wichtig ist die Qualität in den Pflegeheimen selbst. Die stationären Einrichtungen müssen grundlegend umgebaut werden und zu überschaubaren und persönlichen Orten des gemeinschaftlichen Wohnens werden.

> Krankenhäuser für die Zukunft ausrichten

Die flächendeckende Krankenhausversorgung ist ein Grundfundament unseres Sozialsystems und muss auch in Zukunft garantiert sein. Vor allem in ländlichen Regionen sollen neue Angebots- und Kooperationsformen wie Portal-kliniken oder Gesundheitszentren in Betracht gezogen werden. Wir setzen uns generell dafür ein, dass die Krankenhausplanung Zuständigkeit der Länder bleibt. Allerdings ist es notwendig, im Rahmen des Grünen New Deals den Investitionsstau in vielen Krankenhäusern abzubauen. Für äußerst bedenklich halten wir die anhaltende Tendenz zur Privatisierung im Krankenhausbereich. Hiervon war insbesondere der Bereich der Krankenpflege betroffen. Es kam in den letzten Jahren zu einem starken Personalabbau und damit zu einer hohen Verdichtung der Arbeitsanforderung. Die schwache Stellung der Krankenpflege muss verändert werden. Wir Grüne setzen uns dafür ein.

> Den öffentlichen Personennahverkehr nicht zerstören sondern ausbauen!

Durch Busse und Bahnen entsteht in NRW an direkten und indirekten Effekten eine volkswirtschaftliche Bruttowertschöpfung von rund 4,9 Milliarden Euro und es werden rund 100.000 Arbeitsplätze in NRW gesichert. Damit liegen die Arbeitsplatzeffekte deutlich höher als in der Bauwirtschaft.

In den letzten Jahren sind dem öffentlichen Personennahverkehr von der großen Koalition im Bund und der marktradikalen Koalition in NRW immer mehr Finanzmittel entzogen worden. Streckenstilllegungen, Fahrplanausdünnungen und drastische Preiserhöhungen waren die Folge. Hinzu kommt, dass sich der Zustand der Bahninfrastruktur durch die Orientierung der Bahn auf den Börsengang dramatisch verschlechtert hat und in den großen Städten gerade bei den U-Bahnen erhebliche Sanierungsanstrengungen notwendig sind. Ein von den Bundesländern und dem Verband der Verkehrsunternehmen in Auftrag gegebenes Gutachten geht von einer bundesweiten Unterfinanzierung des ÖPNV in Höhe

von 2,4 Milliarden Euro alleine für notwendige Erhaltungsinvestitionen und ohne Ausbau aus. Diese Summe erhöht sich jährlich um rund 80 Mio. Euro bundesweit – ein großer Teil davon in NRW. Um den Trend wenigstens langfristig umzukehren, müssen jährlich zumindest 125 Mio. Euro mehr in den ÖPNV investiert werden.

Wir setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, dass ein Zukunftskonzept ÖPNV auf die Schiene gesetzt wird, damit es in NRW eine zukunftsfähige Mobilität gibt. Im Straßenbau wollen wir uns auf die notwendigen Mittel für die Sanierung beschränken und auf Neubau zugunsten der ÖPNV-Finanzierung weitgehend verzichten.

> Kommunale Handlungsfähigkeit und Daseinsvorsorge ausbauen!

In den letzten 10 Jahren haben sowohl die Veränderungen im Steuerrecht wie auch die Kostenverlagerung im Sozialbereich auf die Kommunen zu einer desaströsen Lage der kommunalen Finanzen geführt. Zusätzlich hat die Landesregierung NRW den Kommunen seit 2005 durch Mittelentzug und Aufgabenverlagerung mehr als 4 Milliarden Euro genommen. Verschärft wird dieser Druck durch die marktradikalen Veränderungen des Gemeindefinanzrechts, die die Chancen von kommunalen Unternehmen im Bereich der Daseinsvorsorge, der Stadtwerke, der Entsorgungsgesellschaften und der Verkehrsunternehmen am Markt zugunsten privater Firmen verschlechtern. Die Stärkung von privaten Oligopolen am Strommarkt und steigende Verbraucherpreise sind die Folgen.

Wir wollen die Stärkung der kommunalen Finanzausstattung und eine kommunalfreundliches Gemeindefinanzrecht, damit die vielfältigen Aufgaben der Daseinsvorsorge im öffentlichen Interesse erhalten, ausgebaut und demokratisch gesteuert werden können.

> Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren – Perspektiven für Langzeiterwerbslose

Menschen, die keine Chancen auf Integration in den ersten Arbeitsmarkt haben, muss eine Perspektive gegeben werden. Wir sind für die Schaffung eines öffentlichen Sektors, der dauerhafte Beschäftigung garantiert. Viele gesellschaftliche Tätigkeiten sind derzeit weder öffentlich noch über einen freien Dienstleistungsmarkt finanzierbar. Dies betrifft Bereiche wie den Umweltschutz, Umwelt und Naturpflege, Gemeinwesenarbeit und das Feld haushaltsnaher und pflegeergänzender Dienstleistungen sowie Tätigkeiten, die heute von Zivildienstleistenden abgedeckt werden. Hierzu sollen die Erfahrungen des schwedischen Samhall-Modells (eine öffentliche Beschäftigungsgesellschaft bietet Haushalts-Dienstleistungen für ältere Menschen und schafft hierüber Arbeitsplätze für Menschen mit Benachteiligung) ebenso berücksichtigt werden wie die Modelle der Sozialen Wirtschaftsbetriebe sowie der Dienstleistungspools und -agenturen. Wir wollen reguläre Arbeitsverhältnisse unter den üblichen arbeitsrechtlichen Bedingungen schaffen, verbunden mit Anreizen und Instrumenten, um den Übergang in eine reguläre Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt zu erleichtern.

> Gute Arbeit fördern

Arbeit muss verbunden sein mit Respekt, Anerkennung, Wertschätzung, angemessener Bezahlung, familienverträglicher Arbeitszeitgestaltung, der Herstellung gesellschaftlich nützlicher Produkte und dem Recht auf Mitwirkung und Mitbestimmung. Das verstehen wir unter „Guter Arbeit“ und dahin muss sich Arbeit auch entwickeln. Um den Standort NRW zu stärken,

wollen wir offensiv für mehr Gute Arbeit insbesondere in den Zukunftsbranchen kämpfen. Es müssen Anreize für neue reguläre Beschäftigung geschaffen werden. Prekäre Beschäftigung soll durch Bekämpfung von Fehlanreizen zurückgedrängt werden. Wir fordern, dass die Tariftreue-Gesetze wieder eingeführt werden und wir werden alle rechtlichen Möglichkeiten nutzen, um soziale und ökologische Standards bei öffentlicher Auftragsvergabe sicherzustellen.

Über den Grünen New Deal hinaus

Der Grüne New Deal bietet eine klare Strategie, was in den nächsten zehn Jahren getan werden muss, um Klimaschutz, neue wirtschaftliche Dynamik, zukunftsfeste Arbeitsplätze und neue Gerechtigkeit miteinander zu verbinden. Er zeigt: Wir können die globalen Krisen auch als Chance nutzen! Wenn wir heute diese gemeinsame Kraftanstrengung angehen, dann ist ein besseres Morgen kein hohles Versprechen. Es gilt aber auch: Der Grüne New Deal löst nicht alle unsere Probleme, er ist schon gar nicht das Ende der (grünen) Geschichte.

Wirtschaft des langsamen Wachstums

Über den Grünen New Deal hinaus, müssen wir dringend beginnen, Lösungen und Visionen auf grundlegende Strukturfragen der Ökonomie der Zukunft zu finden. Dies betrifft vor allem die Frage, wie eine Wirtschaft ohne Wachstum oder zumindest mit sehr wenig Wachstum aussehen könnte. Denn der Weg durch den ökologischen Umbau Wachstum, Ressourceneinsparung und Klimaschutz miteinander zu versöhnen, funktioniert gut für die nächsten 10 bis 20 Jahre. Deshalb müssen wir die daraus folgenden Fragen schon heute stellen: Wie können wir gut leben und wirtschaften, ohne ständig mehr haben zu müssen? Brauchen wir in den Industrieländern überhaupt Wirtschaftswachstum für eine »glückliche« Gesellschaft? Oder könnte weniger

auch mehr sein? (Wie) Lässt sich die Vision von Václav Havel verwirklichen, dass Fortschritt an geringerem Konsum zu messen sei? Wie würden in einer klimaverträglichen Gesellschaft die Unternehmensverfassungen aussehen? Können die Produktivitätsgewinne der Zukunft über kürzere Arbeitszeiten die Vision »kurze Erwerbsarbeit für Alle« möglich machen? Wie können wir angesichts des demographischen Wandels die sozialen Sicherungssysteme auch bei langsamem Wachstum erhalten? Braucht nicht eine Gesellschaft ökologischer Knappheit mehr soziale Gleichheit, damit die Nutzung der Natur nicht zum Luxusgut wird, obwohl doch die Natur allen gleichermaßen gehört? Wie sehen wirklich nachhaltige Lebensstile aus? Wie gelingt es uns, dem permanenten Leistungsdruck zu entkommen, den viele Menschen negativ empfinden?

Diesen Fragen muss sich die grüne Bewegung in Deutschland und in Europa heute mit Nachdruck stellen, weil unsere Gesellschaften sich ihnen werden stellen müssen.

Den Grünen New Deal gegen die vielen Widerstände durchzusetzen, die sich national wie international abzeichnen, wird nicht einfach sein. Die aktuellen Krisen sind für die grüne Bewegung eine Chance, mit dem Green New Deal ökonomische Entscheidungen und Finanzströme im Sinne progressiver gesellschaftlicher Ziele zu leiten. Damit erreichen wir mehr wirtschaftliche Stabilität, lösen neue Investivkräfte aus, geben Menschen die Möglichkeit sich zu engagieren und stellen die Weichen für den ökologischen Umbau. Damit stärken wir grüne Alternativen zum status quo auch ganz grundsätzlich. Packen wir es an!

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Towards a Global Green Recovery Recommendations for Immediate G20 Action, Ottmar Edenhofer and Lord Nicholas Stern, Report prepared on behalf of the German Foreign Office, 2009

Abb. 2: Wege aus der Wachstumskrise, Carlo C Jaeger, Gustav Horn, Thomas Lux u. a., European Climate Forum, Potsdam 2009

Abb. 3: FÖRDERVEREIN ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM E. V., Thesen und Bausteine zur Weiterentwicklung der Ökologischen Finanzreform, Bettina Meyer, Kiel, 12.5.2008

Abb. 4: Greentech made in Germany 2.0, Umwelttechnologie Atlas für Deutschland, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Verlag Franz Vahlen, 2009

Abb. 5: Wege aus der Wachstumskrise, Carlo C Jaeger, Gustav Horn, Thomas Lux u. a., European Climate Forum, Potsdam 2009

Abb. 6: Wirtschaftswoche, 2009, www.wiwo.de/technik-wissen/wie-oeko-technik-die-deutsche-industrie-revolutioniert-395625/

Abb. 7, 8 und 9: Umweltschutz schafft Perspektiven, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dezember 2008

Abb. 10: Welthunger-Index 2009, Welthungerhilfe, www.welthungerhilfe.de/whi2009.html

Abb. 11: Sustainable Energy - without the hot air, David J.C. MacKay, UK, Dezember 2008

Abb. 12 und 13: NRW-Klima2020 – Beitrag Nordrhein-Westfalens zur Erreichung des nationalen Klimaschutziels, Studie im Auftrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag NRW, EUtech Energie & Management GmbH, Mai 2008

Impressum

Sven Giegold MdEP
Europabüro NRW
Jahnstr. 52
D-40215 Düsseldorf

Reinhard Bütikofer MdEP
Europäisches Parlament
ASP 08G306
Rue Wiertz 60
B-1047 Brüssel

sven.giegold@europarl.europa.eu
www.sven-giegold.de

reinhard.buetikofer@europarl.europa.eu
www.reinhardbuetikofer.de

Herausgeber: Sven Giegold, Reinhard Bütikofer

Redaktion: Stephan Schilling, Kerstin Andreae, Horst Becker, Reinhard Bütikofer, Sven Giegold, Reinhard Loske, Brigitte Pothmer, Gerhard Schick

V.i.S.d.P.: Reinhard Bütikofer, Sven Giegold

Gestaltung: Daniela Ortlauf

Druck: Druckhaus Berlin-Mitte

2. erw. Auflage: 5.000

Finanziert durch: Fraktion Die Grünen/EFA im Europäischen Parlament

Diese Broschüre kann gegen eine Gebühr von 0,20 € zzgl. Versandkosten hier bestellt werden: Versand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Weidendamm 1, 15831 Groß-Kienitz, Tel. +49 (0)33708/30903, Fax +49 (0)33708/30905, Mail versand@gruene.de, Web www.eshop.gruene.de